

Privatisierung in der Ukraine: Hochsprung nach Jahren des Kriechens?

Yablonovskyy, Dmytro; Prokhorov, Bohdan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Yablonovskyy, D., & Prokhorov, B. (2020). Privatisierung in der Ukraine: Hochsprung nach Jahren des Kriechens? *Ukraine-Analysen*, 230, 14-18. <https://doi.org/10.31205/UA.230.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>


www.laender-analysen.de/ukraine

WECHSEL AN DER SPITZE DES PRÄSIDENTENBÜROS GELDPOLITIK PRIVATISIERUNG

■ KOMMENTAR		■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Kann der neue Chef des Präsidentenbüros die Spannungen mit Russland abbauen?	2	Kennziffern zur Geldpolitik	11
Von Beate Apelt (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Kiew)		Wirtschaftsindikatoren	13
Der Krisengewinner	3	■ ANALYSE	
Von Olexij Haran (Nationale Universität Kiewer-Mohyla-Akademie)		Privatisierung in der Ukraine: Hochsprung nach Jahren des Kriechens?	14
Folgt auf den Personalwechsel im Präsidentenbüro der Rollenwechsel bei Selenskyj?	4	Von Bohdan Prokhorov und Dmytro Yablonovskyy (Zentrum für Wirtschaftsstrategie, Kiew)	
Von Inna Melnykovska (Central European University, Budapest)		■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Das Ende des Turbo-Regimes?	5	Einnahmen der Privatisierungsauktionen, 1992–2019	19
Von Mattia Nelles (Zentrum Liberale Moderne, Berlin)		■ CHRONIK	
■ UMFRAGE		8. – 22. Februar 2020	20
Politische Stimmung	6		
■ ANALYSE			
Geldpolitik in der Ukraine: Erfolgsgeschichte unter besonderen Umfeldbedingungen	8		
Von Gunter Deuber und Andreas Schwabe (Raiffeisen Bank International, Wien)			

Kann der neue Chef des Präsidentenbüros die Spannungen mit Russland abbauen?

Von Beate Apelt (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Kiew)

Die Ablösung von Andrij Bohdan als Leiter des Präsidentenbüros nach nur neun Monaten hat das politische Kiew nicht völlig überrascht. Bereits seit Dezember war der enge Mitarbeiter von Präsident Selenskyj kaum noch in der Öffentlichkeit sichtbar, begleitete ihn nicht zu wichtigen Terminen. Sein Nachfolger Andrij Jermak, bisher außenpolitischer Berater Selenskyjs, hat damit einen länger andauernden Kampf um das Ohr des Präsidenten für sich entschieden.

Bohdan, der in den ersten Monaten seiner Amtszeit wie ein Schatten Selenskyjs wirkte, wurde vor allem von westlichen Partnern der Ukraine von Beginn an kritisch gesehen. Er war nicht nur ein Anwalt des Oligarchen Ihor Kolomojskyj, der auch mit Selenskyj selbst enge Geschäftsbeziehungen im Medienbereich pflegte, und galt weiterhin als dessen Mann. Er hätte aufgrund seiner Tätigkeit in Staatssekretärsrang unter dem damaligen Präsidenten Janukowytsch eigentlich gar keinen hohen politischen Posten annehmen dürfen. Die Kolomojskyj-Verbindung wie die Beugung des Lustrationsgesetzes warfen Fragen auf, wie ernst es Selenskyj mit der Rechtsstaatlichkeit und der Eindämmung oligarchischen Einflusses sei.

Es sind aber mitnichten diese Hypothesen, die zur Entlassung Bohdans geführt haben. Bohdan hat sich mit seiner Kenntnis staatlicher Verwaltungsabläufe und seiner Effizienz durchaus Meriten im Amt erworben, auch der Einfluss Kolomojskyjs zeigte sich geringer als befürchtet. Zum Verhängnis wurde ihm offenbar sein streitbarer Charakter und die zahlreichen Konflikte, die er in seinem Umfeld provozierte, nicht zuletzt der mit seinem Nachfolger Jermak.

Mit Selenskyj seit Jahren über dessen Filmproduktionsfirma verbunden, hat Jermak dem Präsidenten seit dessen Amtsantritt als außenpolitischer Berater gedient und seinen Einfluss auf ihn kontinuierlich gesteigert. Er pflegte die informellen Gesprächskanäle

in die USA, und die erfolgreichen Gefangenen austausche mit Russland und den sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk wie auch die Aushandlung des neuen Gastransitvertrags zum Jahresende 2019, gingen wesentlich auf sein Konto. Seine guten persönlichen Kontakte nach Moskau sind es auch, die manche Beobachter einen größeren Plan hinter seiner Ernennung vermuten lassen. Mit ihm, so geht die Befürchtung, und seinem neuen Counterpart in Moskau, Dmitrij Kosak, solle möglicherweise eine Friedenslösung für den Donbas ausgehandelt werden, die den russischen Interessen dient. Aussagen Jermaks, man strebe Lokalwahlen in den besetzten Gebieten im kommenden Oktober an – ein völlig unrealistisches Szenario, wenn man auf dem vollständigen Rückzug von Waffen und Kämpfern und einer ukrainischen oder internationalen Kontrolle des Territoriums besteht – nähren dieses Narrativ.

Für den Wechsel an der Spitze des Präsidentenbüros braucht es keine Theorie über die lange Hand aus Moskau. Die scharfe Rivalität zwischen den beiden Selenskyj-Vertrauten und Bohdans konflikthafte Beziehungen zu großen Teilen seines politischen Umfelds sind plausible Gründe für Selenskyjs Entscheidung. Genau in der außenpolitischen Dimension könnte aber die folgenreichste Bedeutung seines Schrittes liegen. Jermak hat das Zeug und die Beziehungen, die von Selenskyj angestrebte Entspannung mit Russland zu befördern. Jeder Schritt zu einem echten Waffenstillstand und humanitären Erleichterungen wäre wünschenswert. Der dahin gehende Optimismus der ukrainischen Führung und die zuletzt wieder steigenden Aggressionen von Seiten der prorussischen Separatisten passen jedoch nicht so recht zusammen. Die Befürchtung, dass es mit Jermak einen Ausgleich mit Russland auf Kosten der Ukraine geben könnte, ist daher nicht völlig aus der Luft gegriffen.

Über die Autorin

Beate Apelt arbeitet als Projektleiterin für die Ukraine und Belarus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Kiew.

Der Krisengewinner

Von Olexij Haran (Nationale Universität Kiewer-Mohyla-Akademie)

Das politische Jahr 2020 startete in der Ukraine turbulent. Auslöser der Krise war ein Abhörskandal eines Gesprächs zwischen Premierminister Olexij Hontscharuk und einigen Regierungsmitgliedern. Dahinter steckte nach Ansicht einiger Experten der Oligarch Ihor Kolomojskyj, der anstrebt, für die Verstaatlichung seiner »PrivatBank« entschädigt zu werden und seine Position insgesamt stärken wollte. Dafür musste er die Regierung schwächen und Chaos schüren.

Der Premierminister reichte daraufhin seinen Rücktritt ein. Aber nicht beim Parlament, wie es die Verfassung vorschreibt, sondern bei Präsident Selenskyj, obwohl diese Entscheidung außerhalb seiner Entscheidungsbefugnis liegt. Da die Partei des Präsidenten über eine Mehrheit im Parlament verfügt, könnte Selenskyj diese Entscheidung jedoch leicht durch die Rada bringen.

Hontscharuk demonstrierte mit dieser Aktion seine volle Loyalität gegenüber Selenskyj. Für Selenskyj wäre ein Rücktritt Hontscharuks aktuell allerdings noch nicht profitabel. Er wird dies erst tun, wenn Hontscharuk genügend »Ballast« angesammelt hat, den Selenskyj dann loswerden wird, um sein eigenes Rating zu wahren.

Einen Ballast ist Selenskyj jedoch bereits losgeworden: Der Leiter des Präsidentenbüros, Andrij Bohdan, der Selenskyj überhaupt erst zur Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen überredete, musste gehen, nachdem er seine Schuldigkeit getan hat.

Zu Beginn der Präsidentschaft gab es praktisch keine Personen in Selenskyjs Umfeld mit politischer Erfahrung. Und Bohdan hatte zumindest ein wenig Erfahrung – und er nahm schwierige Entscheidungen auf sich, die, gelinde gesagt, von der Gesellschaft nicht immer goutiert wurden. Dazu gehört die Auflösung des Parlaments (inklusive der nötigen »Bearbeitung« des Verfassungsgerichts), die Entlassung bzw. Neuzusammensetzung der Zentralen Wahlkommission, um ihre volle Loyalität sicherzustellen. Auch der sog. »Turbo-Modus«, die schnelle Verabschiedung von Gesetzen entgegen der Vorschriften der Werchowna Rada, ging von Bohdan aus. Ganz zu schweigen von der Ernennung von Bohdan selbst, die gegen das Lustrationgesetz verstieß.

Somit tritt ein Politiker, der erhebliche Negativschlagzeilen angesammelt hat, zurück. Mit der Entlassung von Bohdan versucht Selenskyj, sein Image sowohl innerhalb des Landes als auch im Ausland zu verbessern, das von Anfang an mit seiner Ernennung unzu-

frieden war. Der Präsident zeigt damit zugleich, dass er versucht, sich von Kolomojskyj zu distanzieren, obwohl ich nicht unbedingt sagen würde, dass Bohdan in seiner Funktion als Chef des Präsidentenbüros an der Seite von Kolomojskyj stand. Es gibt Informationen, denen zufolge Bohdan sogar dazu beitrug, Selenskyj von dem Oligarchen zu distanzieren, was zweifellos im Interesse von Selenskyj und des ganzen Landes wäre.

Vor Bohdans Rücktritt gab es einen Konkurrenzkampf mehrerer Machtzentren um den Präsidenten. Nun konzentriert sich der Großteil der Macht in den Händen des neuen Chefs des Präsidentenamtes, Andrij Jermak, der damit den Kampf um die Gunst des Präsidenten gegen seinen Namensvetter Andrij Bohdan für sich entschied. Jermak wirkt deutlich aufgeräumter als Bohdan und wird den Präsidenten nicht brüskieren, wie es Bohdan gelegentlich mit seinen undurchdachten Erklärungen zu tun pflegte. Jermak könnte auch versuchen, bestehende Konflikte zu lösen und neue Zerwürfnisse in der Partei und der Parlamentsfraktion von »Diener des Volkes« zu verhindern. Zwar ist er nicht direkt für diese Bereiche zuständig, wird sich als Leiter des Präsidialbüros aber damit auseinandersetzen.

Der sog. Turbomodus wird auch weiterhin fortgeführt werden, jedoch vermutlich etwas subtiler. Selenskyjs Team wird diesen Ansatz nicht aufgeben, da er für die Denkweise der »Diener des Volkes« und des Präsidenten charakteristisch ist, die ihren Hauptgegner nicht in der Person Putins sehen, sondern in den Selenskyj-Kritikern innerhalb der Ukraine.

Jermaks neue Rolle wird sein außenpolitisches Gewicht weiter stärken. Bereits zuvor verlagerte sich das außenpolitische Entscheidungszentrum vom Außenministerium an die Bankowa [den Sitz des Präsidentenbüros, Anm. d. Red.], was nun noch verstärkt wird. Jermak ist auch direkt für die Beziehungen zu Russland verantwortlich. Journalisten haben herausgefunden, dass einer seiner früheren Geschäftspartner Rachamim Emanuel ist, der Putin nahesteht. Laut Selenskyj hat sich Jermak, der keine diplomatische Erfahrung hat, in diesem Bereich dennoch bewährt, und führt als Beispiele die von ihm verantworteten Gefangenen austausche und das Normandie-Treffen in Paris an. Gleichzeitig waren diese Ereignisse in der Ukraine nicht unumstritten, da Kiew nun bilateral mit Moskau verhandelt. Und das schwächt die Position der Ukraine – denn in Verhandlungen ohne die Präsenz westlicher Partner hat Russland stets einen Vorteil. Außerdem versucht Moskau nun den Eindruck zu erwecken, dass der Verhandlungsprozess weitergeht,

der Konflikt innerukrainisch sei und der Westen nun zum »Business as usual« zurückzukehren könne. Sowohl die Opposition als auch viele Experten meinen nun, dass Jermak praktisch zum »Vizepräsidenten« geworden ist, der nun noch mehr Einfluss auf Selenskyj erhalten hat –

Über den Autor

Prof. Dr. Olexij Haran lehrt Politik an der Kiewer-Mohyla-Akademie und ist Forschungsdirektor der Stiftung Demokratische Initiativen in Kiew.

und fürchten weitere Zugeständnisse an Russland, was den Donbas oder die Krim anbelangt.

Übersetzung aus dem Russischen von Dr. Eduard Klein

Folgt auf den Personalwechsel im Präsidentenbüro der Rollenwechsel bei Selenskyj?

Von Inna Melnykovska (Central European University, Budapest)

Der Leitungswechsel im Präsidentenbüro von Andrij Bohdan zu Andrij Jermak hat zentrale Fragen der patronalen ukrainischen Politik (wieder) aufgeworfen: Ist das ein Zeichen interner Auseinandersetzungen, das zur Handlungsunfähigkeit und zur Instabilität des Machtgefüges von Wolodymyr Selenskyj führen kann? Oder deutet dieser Personalwechsel eher auf die Verringerung der Konflikte zwischen den Machtzentren zugunsten Selenskyjs, und birgt in sich das Risiko der Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten?

Das Präsidialamt, das Selenskyj in Präsidentenbüro unbenannt hat, konstituiert ein wichtiges Machtzentrum im pyramidalen Machtgefüge der ukrainischen Politik. Ungeachtet seiner offiziellen Funktion verfügt der Leiter des Präsidentenbüros über einen direkten Zugang zum Präsidenten und kontrolliert den Zugang zum wichtigsten Entscheidungsträger des Landes. Bohdan nutzte dieses Amt kaum zum Aufbau einer eigenen Machtpyramide, sondern fungierte eher als Interessenvertreter des Clans von Ihor Kolomojskyj und seiner »Privat«-Gruppe. Diese oligarchische Gruppe dürfte zum Sieg von Selenskyj bei den Präsidentschaftswahlen wesentlich beigetragen haben und hat seitdem ihre Präsenz in der ukrainischen Politik ausgebaut. Bohdans Amtsverlust bedeutet nun eine Minderung von Kolomojskyjs Einfluss, der jedoch weiterhin über einige Machtressourcen verfügt: Er kontrolliert etwa dreißig Abgeordnete in der Werchowna Rada sowie den Fernseher 1+1.

Der neue Leiter des Präsidentenbüros, Andrij Jermak, ist für seine persönliche Loyalität und Folgsam-

keit gegenüber Selenskyj bekannt. In seinen öffentlichen Stellungnahmen stellt er keine eigenen Handlungsstrategien vor, sondern betont seine Bereitschaft, jegliche Aufgaben des Präsidenten zu erfüllen. Weiterhin wird Jermak keiner Interessengruppe der Großunternehmen zugeordnet. Eher verfügt er über Zugänge zu unterschiedlichen oligarchischen Clans, sodass Selenskyj bei Vereinnahmung und Kooptation der unterschiedlichen Interessengruppen sich auf diese Kontakte stützen könnte.

Der Personalwechsel im Präsidentenbüro macht (noch einmal) sichtbar, dass die Machtbasis von Selenskyj kein homogener Block ist. Zwar bildet seine Partei Sluha Narodu die Mehrheit in der Werchowna Rada und Selenskyj kontrolliert den Premierminister und die Regierung. Diese superpräsidentiellen Machtbefugnisse werden jedoch von mehreren Machtzentren im patronalen ukrainischen Politikgefüge ausgeglichen. Das Risiko, dass Selenskyj das Präsidentenbüro unter Leitung von Jermak zur Machtmonopolisierung nutzen kann, ist daher unwahrscheinlich. Vielmehr könnte Selenskyj dieses Amt dafür nutzen, die unterschiedlichen oligarchischen Clans zu kooptieren, seine Machtbasis dadurch zu erweitern und die Rolle eines Mittlers zwischen den konkurrierenden Machtzentren zu übernehmen. Für die ukrainische Tagespolitik würde das bedeuten, dass die Zeit des »Turbo-Regimes« vorbei ist und nun eine Ära des Interessenausgleichs, der situativen Ad-hoc-Koalitionen und von Reformen auf Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners bevorsteht.

Über die Autorin

Dr. Inna Melnykovska ist Assistant Professor für Vergleichende Politische Ökonomie und Vergleichende Politikwissenschaft am Department für Politikwissenschaft der Central European University in Budapest.

Das Ende des Turbo-Regimes?

Von Mattia Nelles (Zentrum Liberale Moderne, Berlin)

Am 11. Februar verkündete Präsident Wolodymyr Selenskyj überraschend das Ende seines mächtigen Chefs des Präsidentenbüros Andrij Bohdan. Dieser war seit Selenskyjs Amtseinführung vor acht Monaten der wichtigste Mann hinter dem Präsidenten. Bohdans Berufung war damals aus verschiedenen Gründen höchst umstritten. Zum einen fiel er wegen seiner Tätigkeit in der Janukowytsch-Regierung unter das Lustmordgesetz. Zum anderen vertrat Bohdan als erfolgreicher Anwalt unter anderen den umstrittenen Oligarch Ihor Kolomojskyj. Kritiker befürchteten daher, dass er die Interessen des Oligarchen vertreten könnte. Bohdan gehörte, anders als sein Nachfolger Andrij Jermak, nicht zu den längeren Weggefährten des Präsidenten. Als einer der wenigen Berater in Selenskyjs Team beherrschte der 43-jährige die Klaviatur der Macht.

Als de-facto-Chef von Selenskyjs Wahlkampagne baute Bohdan in Windeseile Parteistrukturen auf und stellte nach Selenskyjs Wahl ein junges Kabinett zusammen. Seit dem Erdrutschsieg von *Sluha Narodu* bei den Parlamentswahlen im Sommer 2019 verfügte die Partei überraschenderweise über die größte Parlamentsmehrheit seit der Unabhängigkeit. Bohdan erwirkte, dass innerhalb weniger Wochen hunderte von Gesetzesvorhaben zu zentralen Themen wie Justiz- oder Antikorruptionsreformen in die Werchowna Rada eingebracht und zum Teil im Eilverfahren durchgedrückt wurden. Für jedwede Konsultationen blieb bei der Gesetzgebung oft keine Zeit (siehe [Ukraine-Analysen 229](#) vom 13.02.2020).

Wie kein zweiter verkörperte Bohdan dieses selbst-erklärte »Turbo-Regime« und die große Ambition des Präsidenten und seines Teams, das Land grundlegend umzukrempeln. Bohdan selbst räumte offen ein, dass er das sog. Fenster der Möglichkeiten schnell nutzen wolle. Sein Fokus lag, so betonte er in seinen seltenen Interviews gerne, auf schnellen Ergebnissen, dem *Output*. Parlamentarische Regeln sah er dabei eher als Hindernis. Fehler oder Schlupflöcher könne man im Nachhinein noch korrigieren, so Bohdan. Seine Kompromiss-

losigkeit führte oft zu Konflikten mit Parlamentariern, und auch innerhalb des Präsidentenbüros wuchs der Unmut über ihn.

Ausgestochen wurde Bohdan letztlich von Andrij Jermak, der als Selenskyjs Berater für den Donbas und die schwierigen Verhandlungen mit den USA und Russland zuständig war. Jermaks Erfolge gerade bei den beiden Gefangenenaustauschen im September und Dezember 2019 ließen Bohdans Stern sinken.

Über die Folgen des Personalwechsels wurde in Kyjiw heiß diskutiert. Viele Beobachter gehen davon aus, dass sich die hohe Geschwindigkeit der Gesetzgebungsprozesse verlangsamen werde. Die zentrale Landreform beispielsweise wird wahrscheinlich erst im April verabschiedet, räumte jüngst der Fraktionsvorsitzende von *Sluha Narodu* ein. Vollkommen offen ist auch, wie sich das angespannte Verhältnis zwischen Selenskyj und Kolomojskyj weiter entwickelt. Bohdan galt zuletzt als jemand, der die Eskalation zu verhindern versuchte. Dieser Konflikt kommt nun auf Jermak zu, der im Parlament auf die Stimmen der Kolomojskyj-Gruppe innerhalb der Fraktion angewiesen sein wird.

Durch Jermaks Berufung rücken die Friedensbemühungen noch stärker in den Vordergrund. Bei seiner ersten Pressekonferenz bekräftigte Jermak den Frieden mit Russland als eines seiner wichtigsten Ziele. Ob Jermak beim nächsten Normandie-Gipfel, der im Frühjahr in Berlin stattfinden soll, einen Durchbruch erreichen kann, liegt letztendlich an Putin. Ob dieser allerdings zu notwendigen Zugeständnissen bereit ist, ist trotz des Abgangs des Hardliners Wladislaw Surkow, der im Kreml für die Donbas-Politik verantwortlich war und am 18. Februar von Putin offiziell entlassen wurde, offen. Innenpolitisch muss Jermak nun schnell unter Beweis stellen, dass er ohne umfassende politische Erfahrung die hochambitiöse Agenda des Präsidenten vorantreiben kann. Die Geduld der Wähler jedenfalls ist begrenzt, wie die jüngsten Umfragen zur politischen Stimmung im Land zeigen.

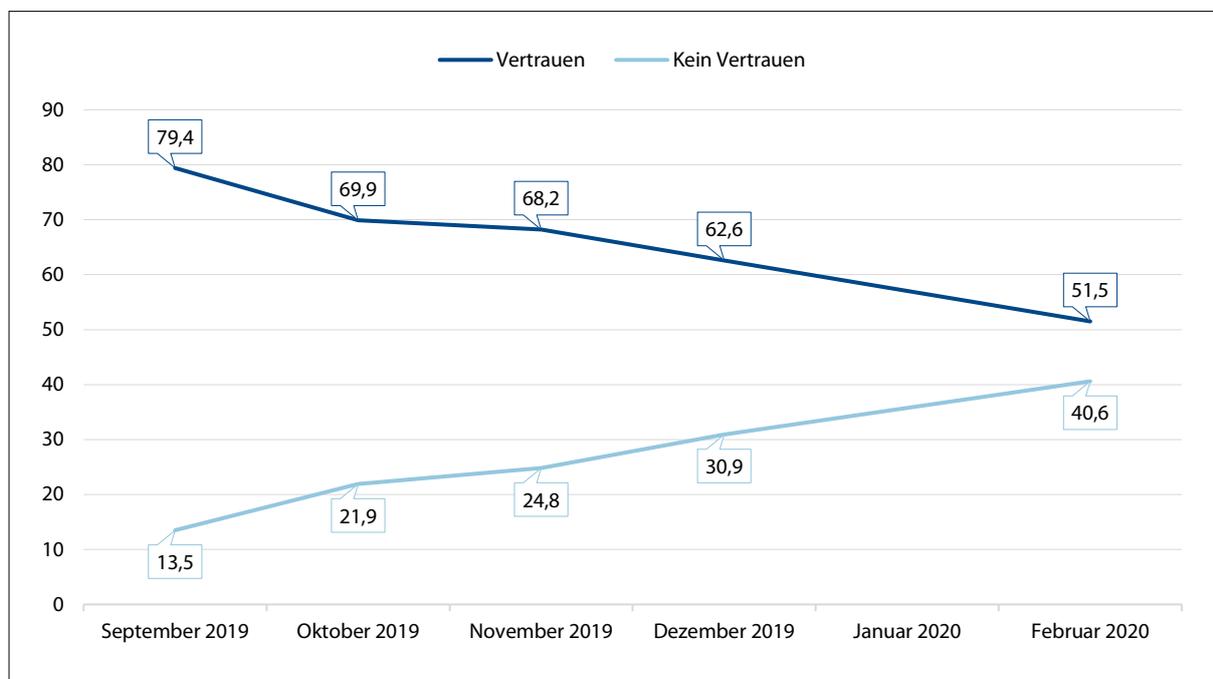
Über den Autor

Mattia Nelles ist Programmdirektor für die Ukraine am Zentrum Liberale Moderne in Berlin und Redakteur der Website www.ukraineverstehen.de.

UMFRAGE

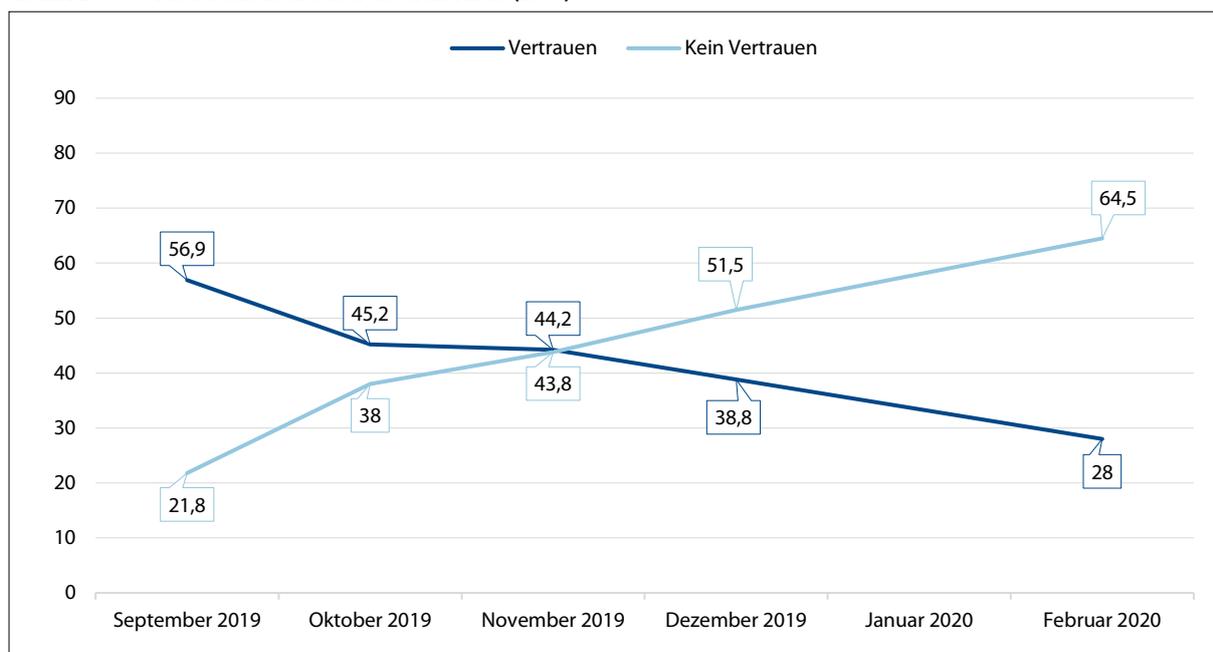
Politische Stimmung

Grafik 1: Vertrauen in den Präsidenten (in %)

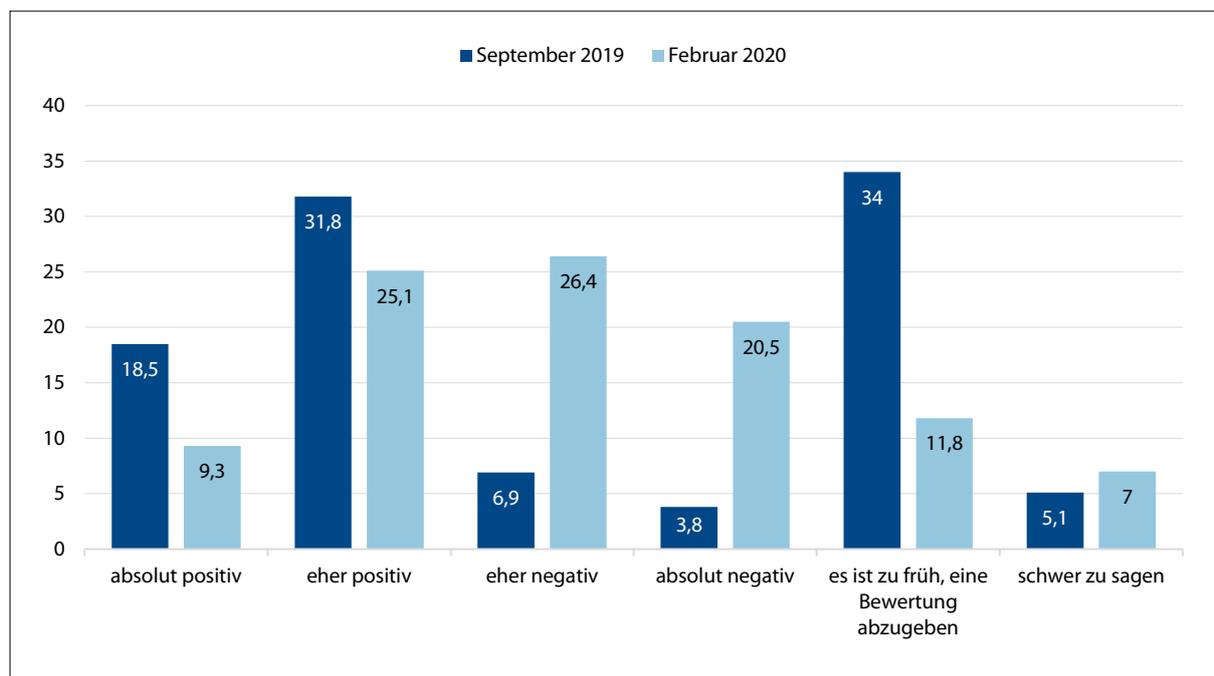


Quelle: Razumkov-Zentrum, 24.02.2020, <http://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-gromadianamy-dialnosti-vlady-riven-doviry-do-sotsialnykh-institutiv-ta-politykiv-elektoralni-orientatsii-gromadian-liutyi-2020r>

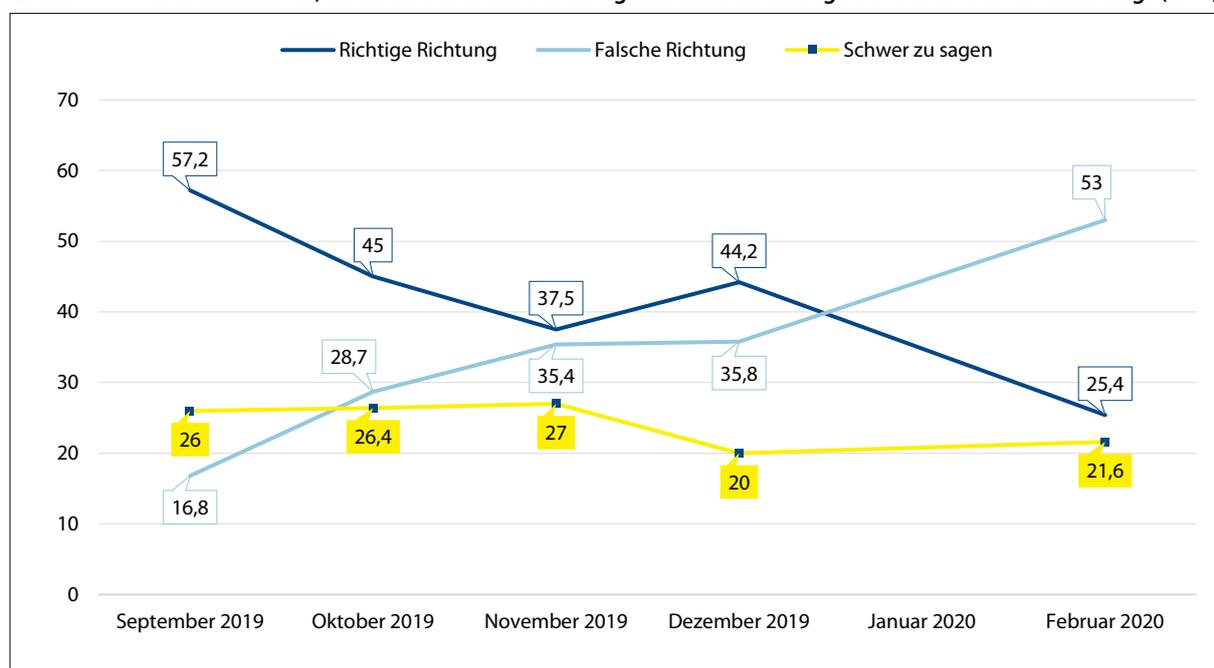
Grafik 2: Vertrauen in die Werchowna Rada (in %)



Quelle: Razumkov-Zentrum, 21.02.2020, <http://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-gromadianamy-sytuatsii-v-kraini-riven-doviry-do-vykonavchykh-ta-pravoohoronnykh-organiv-vlady-otsinka-dialnosti-uriadu-liutyi-2020r>

Grafik 3: Wie bewerten Sie die Arbeit der Fraktion »Diener des Volkes« in der Werchowna Rada? (in %)

Quelle: Razumkov-Zentrum, 24.02.2020, <http://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-gromadianamy-dialnosti-vlady-riven-doviry-do-sotsialnykh-institutiv-ta-politykiv-elektoralni-orientatsii-gromadian-liutyi-2020r>

Grafik 4: Was denken Sie, entwickelt sich die Ukraine generell in die richtige oder in die falsche Richtung? (in %)

Quelle: Razumkov-Zentrum, 21.02.2020, <http://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-gromadianamy-sytuatsii-v-kraini-riven-doviry-do-vykonavchykh-ta-pravoohoronnykh-organiv-vlady-otsinka-dialnosti-uriadu-liutyi-2020r>

Geldpolitik in der Ukraine: Erfolgsgeschichte unter besonderen Umfeldbedingungen

Von Gunter Deuber und Andreas Schwabe (Raiffeisen Bank International, Wien)

Zusammenfassung

Der Zentralbank der Ukraine (NBU) hat 2019 viel erreicht. Die Inflation konnte durch eine währungsstärkende »Hochzinspolitik« kräftig gesenkt werden. Auch die Inflationserwartungen sind nun auf niedrigem Niveau verankert. Die »Hochzinspolitik« – bei Aussicht auf Zinssenkungen – hat zudem die internationale Finanzmarktintegration begünstigt, im Ausland hat die NBU an Reputation gewonnen. Für die NBU wird es nun wichtig sein, auch in 2020 – in einem wohl nicht so eindeutig stützenden Gesamtumfeld – weiter geldpolitisch erfolgreich zu agieren.

Für die Notenbank der Ukraine sind die letzten 12–18 Monate ausgezeichnet verlaufen. Gemessen am geldpolitischen Oberziel bzw. der Erreichung plus Absicherung von Preisstabilität war die NBU sehr erfolgreich. Mit Jahresveränderungsraten von 3–4 Prozent (4,1 Prozent Dezember; 3,2 Prozent Januar) befindet sich die Inflation auf historischen Tiefs und unter dem jetzigen Zielwert von 5 Prozent p. a. (mit engem Korridor +/- 1 Prozent). Insofern ist es der NBU auch gelungen, ihr Inflationsziel rasch zu senken. Zum Jahresanfang 2018 lag dies noch bei 8 Prozent. Ferner erfolgte die Disinflation nicht in Zeiten der Wachstumsschwäche oder wirtschaftlicher Brüche. Zugleich ist der Inflationsausblick aussichtsreich. Geldpolitisch relevant ist hier die Verankerung umfragebasierter Inflationserwartungen auf mehrjährigen Tiefs deutlich unter 10 Prozent bei vielen relevanten Zielgruppen, z. B. Firmen, Banken, Finanzanalysten und v. a. bei Haushalten.

Was hat die Notenbank selbst bewegt?

Den entscheidenden Beitrag zur starken Disinflation leistete eine vorsichtige Zinspolitik. Letztere war partiell auch politischer Unsicherheit im Doppelwahljahr 2019 sowie der stockenden Kooperation mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) geschuldet. Insofern hat die NBU 2019 – trotz sinkender Inflation – an hohen Nominal- und Realzinsen festgehalten bzw. nur eine sehr vorsichtige geldpolitische Lockerung vollzogen. De facto wurde vom Frühjahr 2017 an zunächst sogar ein eingeschlagener geldpolitischer Lockerungskurs wieder rückgängig gemacht. Ab 2015 hatte die NBU den Leitzins von über 20 Prozent auf 12,5 Prozent gesenkt; ab dem Frühjahr 2017 wurde er wieder von 12,5 Prozent bis auf 18 Prozent im Sommer 2018 angehoben. Von diesem Niveau aus senkte die NBU den Leitzins dann trotz Aussicht auf sinkende Inflationsraten nur vorsichtig. Damit lag der Leitzins zum Jahresende 2019 immer noch bei 13,5 Prozent, während die Inflation bei 4,1 Prozent lag. Der Realzins (nomina-

ler Leitzins abzüglich Inflation) lag damit zum Jahreswechsel bei beachtlichen 9 Prozent, in den Jahren 2018 und 2019 lag er permanent im Bereich von 5–9 Prozent.

Ein hoher Realzins gekoppelt mit einem positiven Inflationsausblick ist für Finanzmarktinvestoren interessant. Einerseits ist das Zinseinkommen festverzinslicher Wertpapiere hoch, andererseits deutet so eine Konstellation auf erhebliches Zinssenkungspotenzial hin. Zinssenkungen sind dann wiederum positiv für ausstehende Anleihen mit hohen nominalen Zinsansprüchen, die so deutliche Kursgewinne ausweisen. Zumal ein hohes Nominal- und Realzinsniveau gekoppelt mit Zinssenkungspotenzial im aktuellen globalen Niedrigzinsumfeld ausländische Investoren anlockt – wenn sie lokal investieren können. Dann ist es wahrscheinlich, dass die Landeswährung durch spekulative Kapitalzuflüsse begünstigt stabil bleibt oder gar weiter aufwertet. Die Aussicht auf solche Zugewinne ist besonders prononciert im Zusammentreffen mit einer Besserung des Länderrisikoprofils eines Landes, während die Notenbankpolitik noch von einem rückwärtsgedachten Vorsichtsmotiv bestimmt ist. Genauso eine Konstellation prägte den Finanzmarkt in der Ukraine in 2019. Alle drei international führenden Agenturen der Länderbonitätseinstufung (S&P, Moody's, Fitch) haben die Kreditwürdigkeit des Staates 2019 heraufgestuft, mit verfestigten Markterwartungen diesbezüglich.

Angesichts der skizzierten besonderen Konstellation aus hohen Zinsen, dem Zinssenkungspotenzial, besseren Ratings und der aufgewerteten Währung, war die Ukraine für internationale Investoren 2019 ein Eldorado. Nach der vollständigen Öffnung des Staatsanleihenmarktes in Lokalwährung für Auslandsinvestoren sowie der Erleichterung bei Handels- und Abwicklungsprozessen durch die Aufnahme in das Wertpapierabwicklungssystem der Deutschen Börse *Clearstream* im Mai 2019 war in der Ukraine für internationale Investoren eine sehr attraktive Rendite erzielbar. Damit erhärtete sich ein selbst verstärkender Trend und immer mehr

internationale Investoren gingen Engagements in Lokalwährungsstaatsanleihen ein. Diese spekulativen Kapitalzuflüsse von fast 5 Milliarden US-Dollar in 2019 haben wiederum zusätzliche Hrywnja-Nachfrage induziert bzw. eine Währungsaufwertung begünstigt – trotz teilweiser Abschöpfung der Mittel durch Währungsinterventionen der NBU. Zusätzlich unterstützt wurde die Währungsaufwertung 2019 noch durch eine allgemeine Liberalisierung des Währungsmarktes und Einmaleffekte wie Sonderzahlungen von Gazprom an Naftohas. Die anhaltend positive Performance in Lokalwährungsanleihepositionen hat dann wieder neue Kapitalzuflüsse angezogen. Je nach Laufzeit erzielten Investoren in ukrainischen Lokalwährungsanleihen 2019 Kursgewinne von 25 bis 40 oder 50 Prozent. Hinzugerechnet die Währungsaufwertung waren hier 2019 mit festverzinslichen Wertpapieren Spekulationsgewinne von mehr als 50 Prozent möglich, was im internationalen Vergleich sehr beachtlich ist. Bei internationalen Investmentbanken verbuchten Händler, die mit Ukraine-Positionen betraut waren, exorbitante Profite – auch bezogen auf nun zur Auszahlung anstehende Boni.

Geldpolitisch betrachtet hat die 2019 fester notierende Landeswährung wiederum den Inflationsdruck begrenzt. Eine stärkere Währung sorgt dafür, dass Importe billiger werden, was wiederum niedrigere Inflationsraten begünstigt (umgekehrt induziert eine Währungsabwertung steigende Inflation). In einer kleinen offenen Ökonomie wie der Ukraine kann die Währung den Inflationspfad sogar maßgeblich bestimmen. Studien legen nahe, dass eine Aufwertung der Landeswährung um 1 Prozent die Inflation um 0,2–0,4 Prozentpunkte senkt. Somit hat die zweistellige Hrywnja-Aufwertung 2019 die Inflation um geringstenfalls 2–3 oder gar 5–6 Prozentpunkte (je nach unterstelltem Zusammenhang) gesenkt. Die stärkere Währung hat zudem – zunächst – zur Akzeptanz des frei schwankenden Wechselkurses beigetragen. Dies ist insofern wichtig, weil ein flexibler Wechselkurs einer Notenbank Spielraum verschafft, geldpolitisch unabhängig zu agieren bzw. sie nicht zu Wechselkursinterventionen gezwungen ist – wie es in der Ukraine in der Vergangenheit oftmals der Fall war.

Die derzeit äußerst niedrige Inflation wurde substantiell durch die skizzierten und großteils von der NBU unmittelbar beeinflussbaren Parameter bestimmt. Allerdings ist angesichts der bereits erfolgten deutlichen Leitzinssenkungen (11 Prozent derzeit von 15,50 Prozent bzw. 16,5 Prozent im 4. bzw. 3. Quartal des Vorjahres) und der nun weniger eindeutigen Währungsbewegungen (die Hrywnja wertete seit Jahresanfang etwa 4–5 Prozent im Vergleich zum US-Dollar ab) augenscheinlich, dass die NBU sich in 2020 wohl nicht mehr auf ein so perfekt unterstützendes Umfeld wie in 2019 verlassen kann.

Einfluss wichtiger Umfeldparameter

Die NBU profitierte 2018 und 2019 zudem von äußerst positiven Umfeldbedingungen. Vor allem profitierte sie von positiven konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen im heimischen Agrarsektor, was den Inflationsdruck durch Lebensmittelpreise begrenzte. Zudem flankierte die Geldpolitik der NBU in den letzten Jahren eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Fiskalpolitik – auch im Wahljahr 2019. Es verstärkten sich die Hinweise, dass die wirtschaftspolitische Konstellation einer politisch unabhängigen Notenbank im Land größtenteils akzeptiert wird. Angesichts der stabilitäts- und reformorientierten wirtschaftspolitischen Ausrichtung wurde dann schneller als erwartet eine Grundsatzvereinbarung (»Staff-Level Agreement«) zur weiteren IWF-Kooperation (November 2019) erzielt. Die Vereinbarung erfolgte kurz vor dem Gipfel im Normandie-Format und war damit wohl auch ein politisches Signal internationaler Unterstützung. Doch diese hängt zumindest zum Teil ebenso an der stabilitäts- und reformorientierten wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Einige sehr optimistische Marktbeobachter sehen derzeit in der Ukraine sogar eine reale Chance für einen Reformprozess analog zu der Situation in einigen mitteleuropäischen Ländern in den 1990er Jahren.

Zudem profitierte die NBU von positiven globalen Rahmenbedingungen. Das aktuelle Umfeld global niedriger Inflationsraten, auch induziert durch niedrigen Inflationsdruck durch Energiepreise, bedeutet geringe importierte Inflation. Die Notenbanken anderer aufstrebender Länder senkten zudem teils deutlich stärker ihre Nominal- und Realzinsen. Diese Konstellation – auch in Kombination mit der raschen IWF-Einigung – begünstigte die durch Kapitalzuflüsse induzierte Hrywnja-Aufwertung und zunehmende Ausländeranteile am Markt für Hrywnja-Staatsanleihen. Gleiches gilt für sich mehrende Anzeichen, dass Russland im Ukraine-Konflikt nicht eindeutig an weiterer Eskalation interessiert scheint bzw. derzeit mehr auf innenpolitische Agenden fokussiert ist. Das stützt vor allem das Vertrauen von Investoren in die Ukraine, vor allem bei kurzfristig orientierten Finanzmarktakteuren.

NBU als erfolgreiche Institution – teils divergierende Perspektiven

Inwiefern man in der NBU einen eindeutig erfolgreich agierenden Akteur der Wirtschaftspolitik sehen will, hängt von der Perspektive ab. Geld- und währungspolitisch war die NBU in den letzten 12–18 Monaten sehr erfolgreich. Ferner hat sie zur Entwicklung des lokalen Kapitalmarktes beigetragen und sich eine hohe (internationale) Reputation aufgebaut. Die NBU gilt heute als transparenter und unabhängiger Akteur – v. a. in der informierten Fachöffentlichkeit vor Ort und auf inter-

nationaler Ebene. Wichtige Kommunikationsinstrumente (z. B. der Inflationsreport) entsprechen hohen internationalen Standards. Durch die erworbene Reputation kann das Investorenvertrauen nun auch in eventuell schwierigeren Zeiten als in 2019 aufrechterhalten werden. Und auch mit ihrer zentralen Rolle in der einschneidenden Bankensektorstrukturierung der letzten Jahre stärkte die NBU ihre wirtschafts- und geldpolitische Position. Ein funktionierender, transparenter und an der Realwirtschaft ausgerichteter Bankensektor (ohne »Oligarchenbanken«) erleichtert die geldpolitische Transmission. Der IWF sieht in der Transformation der NBU von einer von Politik- und Partikularinteressen geleiteten Behörde in eine unabhängige und international anerkannte Notenbank sogar einen der zentralen strukturellen Reformbausteine im Land.

Allerdings hat die Hochzins- und »Hartwährungspolitik« nicht nur eindeutig positive gesamtwirtschaftliche Effekte. Tendenziell ist so eine Geldpolitik nicht wachstumsstimulierend. Etwa verharren die Kreditzinsen auf hohem Niveau und bescheren Banken gute Gewinnaussichten. Banken können zudem solide bzw. hohe Profite nur mit Investitionen in kurzlaufende Geldmarktveranlagungen und Staatspapiere erzielen, also ohne ins Kreditrisiko zu gehen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass der Bankensektor in den letzten Jahren seine Positionen in staatlichen Wertpapieren ausdehnte und 2019 eine beachtenswerte Eigenkapitalrendite von 35 Prozent erzielte. Des Weiteren implizierte das hohe Zinsniveau beachtliche Zahlungen an ausländische Kapitalgeber. Im Lichte der immer noch achtenswerten Staatsverschuldung bedeutet dies, dass Zins- und Tilgungszahlungen noch fast 10 Prozent des Staatshaushaltes ausmachen. Auch musste die NBU für die Politik des frei schwankenden Wechselkurses zunehmend Kritik einstecken. Es gibt Anzeichen, dass die Hrywnja mittlerweile fundamental überbewertet ist. Die von der NBU zugelassene starke Währungsaufwertung im Jahr 2019 von rund 15 Prozent bringt nun Erschwernisse für Exporteure, da die Kosten im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz steigen bzw. die preisliche internationale Wettbewerbsfähigkeit der Ukraine sinkt. Beobachter vor Ort bringen die zuletzt enttäuschenden Wachstumswahlen im Industriesektor auch mit der Währungsstärke in Verbindung (auch wenn andere Faktoren wie die europäische Industrieschwäche und sinkende Rohstoffschwäche hier eine Rolle spielen). Allerdings wertete die Währung seit Jahresbeginn leicht ab, was kurzfristig zwar zur Entspannung beiträgt. Gleichzeitig wird der NBU nun aber auch vorgeworfen, gerade im Januar zu deutlich die Zinsen gesenkt zu haben. Zudem wird der NBU lokal teils zu viel Nähe zum IWF sowie der derzeit teils überhastet agierenden Reformregierung zugeschrieben (vgl. die vorherige Ausgabe der

Ukraine-Analysen 229 vom 13.02.2020). Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die Erfolgsbilanz der NBU in der Fachöffentlichkeit, im Ausland und vor allem bei Finanzmarktinvestoren eine andere ist als für einige andere lokale Akteure.

Ausblick: Geld und Währungspolitik

Trotz der skizzierten Erfolge scheint mittelfristig gewisse geld- und währungspolitische Vorsicht angebracht. Die Disinflation der letzten 1–3 Jahre in der Ukraine ist aus regionaler und wirtschaftshistorischer Perspektive beachtlich bis außergewöhnlich (etwa im Vergleich zu Polen in den 1990er Jahren). Es scheint kaum noch möglich, kurz- und mittelfristig die Inflation deutlich tiefer zu schleusen. Sogar eine zeitweise Nicht-Erreichung der Inflationsziele ist denkbar; v. a., wenn externe Parameter weniger unterstützend wirken. Wobei auch die lokalen Rahmenbedingungen in Zukunft weniger unterstützend für die NBU wirken könnten. Lange waren Teile der Wirtschaft von Unterauslastung geprägt, was keinen binnenwirtschaftlichen Inflationsdruck impliziert. Bei steigender Auslastung und weiter sinkendem Angebot an qualifizierten Arbeitskräften könnte der binnenwirtschaftliche Inflationsdruck wieder zunehmen. Immerhin befinden sich lokale Stimmungsindikatoren nahe bei oder auf langjährigen Rekordständen, die Löhne steigen seit zwei Jahren von niedrigen Niveaus wieder merkbar, im Vorjahr wuchsen die Reallöhne um rund 10 Prozent. Zudem zeigt die Erfahrung in anderen Transformationsländern mit ähnlich hohen und kontinuierlichen Zuflüssen von Auslands- und Gastarbeiterüberweisungen – 2019 beliefen sich die Rücküberweisungen in die Ukraine auf fast 12 Mrd. US-Dollar – dass solche Gelder mittelfristig inflationär wirken können.

Bei der Hrywnja scheint so eine drastische und inflationsdämpfende Aufwertung wie in 2019 kaum wiederholbar. Auch der Prozess der Marktliberalisierung bei Hrywnja-Staatsanleihen, mit positiven Effekten auf die Währungs- und Preisentwicklung, kann nicht extrapoliert werden. Es besteht unter einigen Marktakteuren zwar noch etwas an Zukunftsfantasie (z. B. könnten Ukraine-Anleihen 2020 in wichtige Marktreferenzzin-dizes inkludiert werden), doch hat der Ausländeranteil auf dem Hrywnja-Staatsanleihenmarkt im Vergleich zu anderen Liberalisierungsprozessen Niveaus erreicht, bei denen nicht mehr von weiteren massiven Portfolioaufstockungen ausgegangen werden kann. Gleiches gilt für die Anteile von Staatsanleihen in Ausländerhand im Vergleich zu anderen aufstrebenden Märkten. Zudem werden die Preise für Hrywnja-Lokalwährungsanleihen angesichts des nun limitierten Zinssenkungspotenzials nicht mehr so ansteigen können wie im Vorjahr. Damit ist das Zinsniveau aktuell für spekulative Investoren und aus internationalem Blickwinkel deut-

lich weniger interessant. Somit ist es für das Finanzministerium nicht mehr so einfach, Lokalwährungsanleihen mit Zinssätzen unter 10 Prozent international zu verkaufen. In Zukunft ist zudem auch mit Marktphasen zu rechnen, in denen Mittel aus dem Staatsanleihenmarkt abfließen. Technisch gesehen können solche Kapitalströme durch die Integration in internationale Handelssysteme nun rasch vollzogen werden. Solche Kapitalflussbewegungen können durch externe und globale Treiber, aber auch durch heimische Faktoren begünstigt werden. Diesbezüglich ist es z. B. fraglich, ob die Kongruenz zwischen Geld- und Fiskalpolitik der letzten Jahre auf Dauer ist. Eine von politischem Eigeninteresse geleitete, weniger solide Fiskalpolitik, könnte etwa Kapitalabflüsse induzieren.

In Summe wird es in den kommenden Jahren schwieriger für die NBU sich weiter als eindeutig erfolgreiche Institution zu profilieren. »Einfache« Früchte im Sinne der Disinflation und deutlicher Zinssenkungen im Zusammenspiel mit einem positiven Beitrag zur lokalen Kapitalmarktentwicklung konnte die NBU in den letzten 12–18 Monaten ernten. Zudem ist bei der Umgestaltung des Notenbankauftritts in Richtung Professionalität, Transparenz und Unabhängigkeit schon viel erreicht. In einem wahrscheinlich nicht mehr so einfachen Umfeld wird es in Zukunft umso wichtiger,

den stabilitätsorientierten geldpolitischen Kurs beizubehalten und die Position der NBU als eigenständige wirtschafts- und währungspolitische Institution abzusichern. Hierzu könnte es notwendig sein, den Leitzins weniger zu senken, als es derzeit optimistische Projektionen vorsehen. Gleichzeitig gilt es, wenn nötig, einem graduellen Anziehen der Inflation angemessen entgegenzuwirken. Solch ein Szenario ist angesichts von Wirtschaftsumfeld und Auslaufen des statistischen Basiseffektes (wenn Monats- und Jahresveränderung der Inflation von den derzeit niedrigen Niveaus und nicht hohen Niveaus gerechnet werden) absolut absehbar. In den kommenden 12 Monaten könnte die Inflation – ohne externe Schocks – zumindest auf 5–6 Prozent zulegen. Wobei erfolgreiche Disinflation und Reputationsgewinne der NBU dazu beigetragen haben, die Inflationserwartungen auf niedrigen Niveaus zu verankern. Insofern sind bei leicht anziehender Inflation nicht unbedingt wieder Zinserhöhungen notwendig. Es wären sogar moderate Zinssenkungen möglich, wenn die NBU ein Absinken der Realverzinsung vor dem Hintergrund ihrer Stabilisierungserfolge zulassen will. Bei einer Inflation von 4,5–5,5 Prozent könnte die NBU den Leitzins 2020 noch in den Bereich von 7–9 Prozentpunkte senken; das aktuelle Notenbankziel für 2020 liegt bei 7 Prozent.

Über die Autoren:

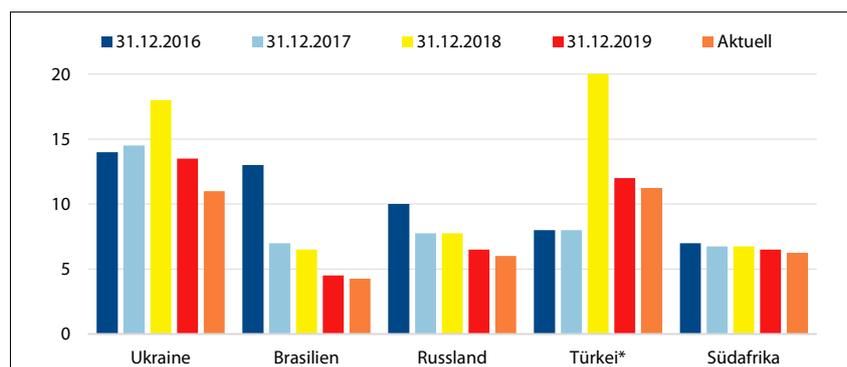
Gunter Deuber leitet die Abteilung Volkswirtschaft, Zinsen, Währungen bei der Raiffeisen Bank International (RBI) AG, die größte in der Ukraine tätige Auslandsbank, in Wien.

Andreas Schwabe ist Senior Economist mit Osteuropa- bzw. Ukraine-Fokus bei der RBI in Wien.

Der vorliegende Beitrag gibt die Auffassung der Autoren und nicht notwendigerweise die Ansicht der RBI AG wieder.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

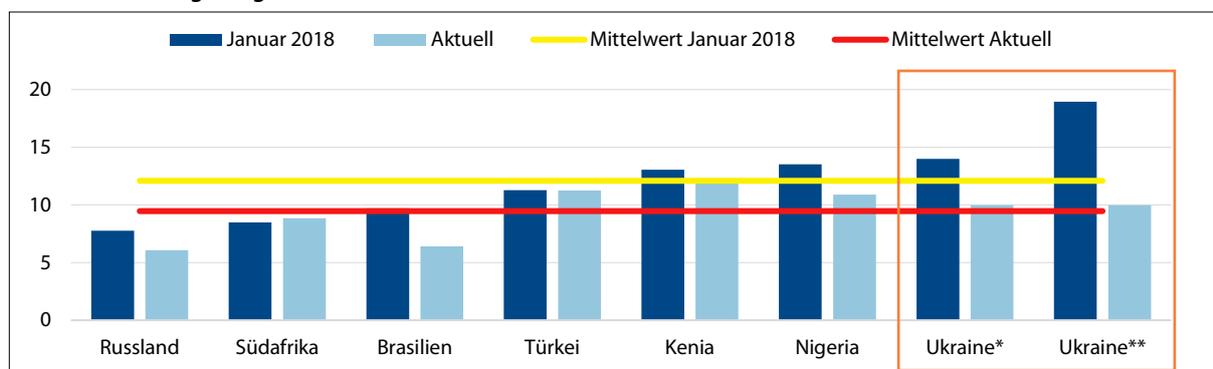
Kennziffern zur Geldpolitik



Grafik 1: Leitzinsen (%)

*Skala abgeschnitten, Türkei Jahresende 2018 bei 24 %

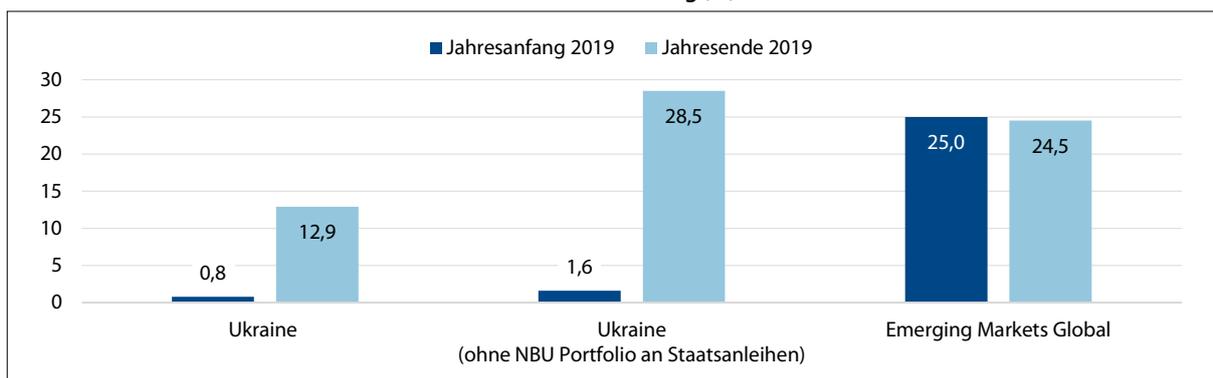
Quelle: Bloomberg, BIS, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 2: Langfristige Anleiherenditen (%)**

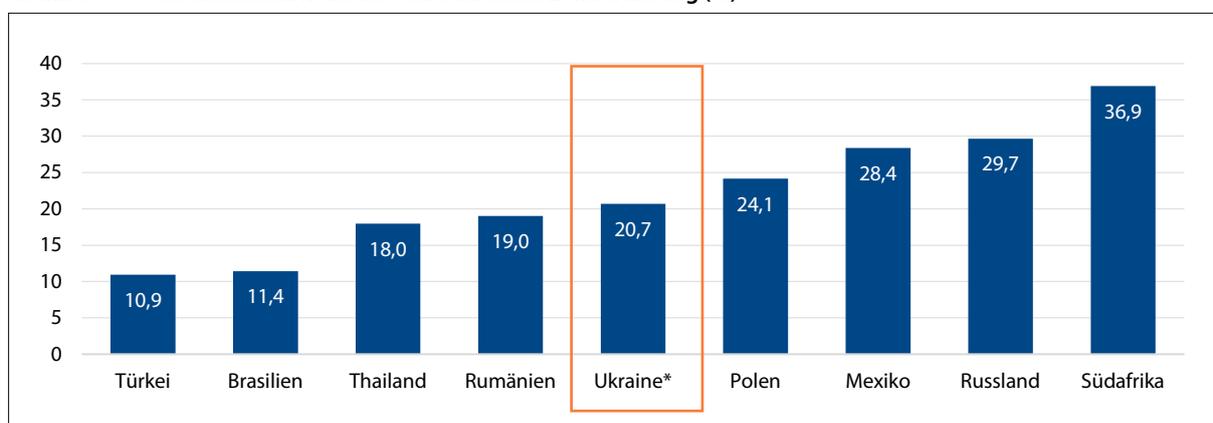
* Ukraine für 2018 Extrapolation gemäß kurzfristiger Anleihedaten und Kreditzinsen, daher zwei Werte 14% und 19% für 2018 (da damals keine entsprechenden langfristigen Staatsanleihen gehandelt).

** 5 bis 10 Jahre Laufzeit, je nach Verfügbarkeit

Quelle: Bloomberg, Moody's, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 3: Ausländermarktanteil Staatsanleihen Lokalwährung (%)

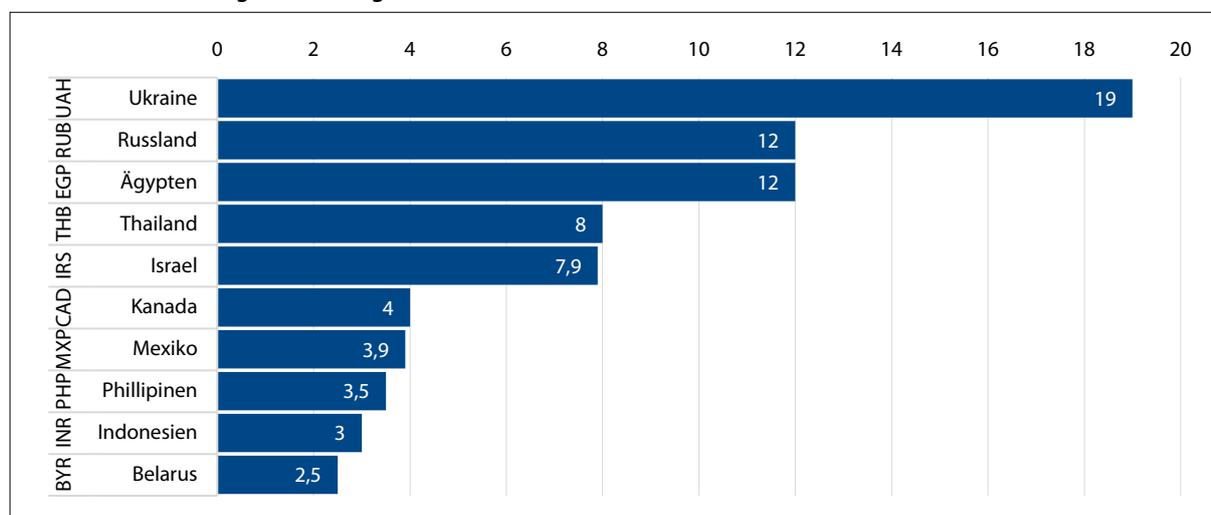
Quelle: NBU, IIF, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 4: Ausländermarktanteil Staatsanleihen Lokalwährung (%)

* Für Ukraine Mittelwert aus Ausländermarktanteil mit & ohne NBU Portfolio Staatsanleihen

Quelle: NBU, IIF, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 5: Währungsaufwertung 2019 zum US-Dollar (%)



Quelle: Bloomberg, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Wirtschaftsindikatoren

Tabelle 1: Ukraine: Wichtige Wirtschaftsindikatoren 2011–2019

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019e*
Nominelles BIP (Mrd. USD) ¹	162,5	175,6	183,1	133,4	91,2	93,2	112,7	130,9	155,9
Nominelles BIP (Mrd. EUR) ¹	117,1	136,4	138,2	101,1	82,2	84,3	99,5	110,9	138,6
Reales BIP (% p. a.) ¹	5,5	0,2	0,0	-6,6	-9,8	2,4	2,5	3,4	3,3
Industrieproduktion (% p. a.) ¹	8	0,7	4,3	-10,1	-13	2,8	0,4	1,6	-1,8
Arbeitslosenquote (Durchschnitt, %) ²	8,7	8,2	7,8	9,7	9,5	9,7	9,9	9,1	8,5
Bruttoindustrielöhne (% p. a.) ²	17,7	14,8	7,9	6	20,5	23,6	37,1	24,8	18,5
Produzentenpreise (Durchschnitt, % p. a.) ³	19	3,7	-0,1	17,1	36	20,5	26,4	17,4	4,1
Verbraucherpreise (Durchschnitt, % p. a.) ³	8,0	0,6	-0,3	12,1	48,7	13,9	14,4	10,9	7,9
Verbraucherpreise (Dez., % p. a.) ³	4,6	-0,2	0,5	24,9	43,3	12,4	13,7	9,8	4,1
Konsol. Budgetsaldo (% des BIP)	-1,8	-3,8	-4,5	-5,0	-2,3	-2,9	-1,6	-1,7	-1,8
Öffentliche Verschuldung (% des BIP)	36,4	36,7	39,9	52,3	71,8	76,2	67,7	59,8	54,1
Warenexporte (Mrd. USD)	62,4	64,4	59,1	50,6	35,4	33,6	39,7	43,3	46,1
Warenimporte (Mrd. USD)	80,4	86,3	81,2	57,7	38,9	40,5	49,4	56	60,1
Leistungsbilanz (% des BIP)	-6,3	-8,1	-9,0	-3,4	1,8	-1,4	-2,1	-4,3	-0,7
Offizielle Devisenreserven (Mrd. USD)	31,8	24,5	20,4	7,5	13,3	15,5	18,8	20,8	25,3
Offizielle Devisenreserven (Mrd. EUR)	22,9	19,1	15,4	5,7	12,0	14,1	16,7	17,6	22,5
Bruttoauslandsverschuldung (% des BIP)	77,6	76,5	79,3	95,2	129,1	120,7	102,5	87,6	77,0
EUR/UAH (Jahresdurchschnitt)	11,1	10,3	10,6	15,7	24,2	28,3	30	32,1	29
USD/UAH (Jahresdurchschnitt)	8,0	8,0	8,0	11,9	21,8	25,6	26,6	27,2	25,8

* Die Zahlen für 2019 sind z. T. vorläufig.

¹: Ab 2011 ohne Krim und Sewastopol, ab 2014 ohne nicht kontrollierte Gebiete in Luhansk und Donezk.²: Ab 2011 ohne Krim und Sewastopol, ab 2015 ohne nicht kontrollierte Gebiete in Luhansk und Donezk.³: Ab 2014 ohne Krim und Sewastopol, ab 2015 ohne nicht kontrollierte Gebiete in Luhansk und Donezk.Zusammenstellung von Mykyta Schtscherbak; Quellen: Staatliches Statistikamt der Ukraine (Ukrstat, <http://www.ukrstat.gov.ua>), Finanzministerium der Ukraine (<https://www.mof.gov.ua/en>), Wirtschaftsministerium der Ukraine (<http://www.me.gov.ua/?lang=en-GB>), Schatzamt der Ukraine (<https://www.treasury.gov.ua/en>), Nationalbank der Ukraine (<https://bank.gov.ua>)

Privatisierung in der Ukraine: Hochsprung nach Jahren des Kriechens?

Von Bohdan Prokhorov und Dmytro Yablonovskyy (Zentrum für Wirtschaftsstrategie, Kiew)

Zusammenfassung

Die Regierung der Ukraine beabsichtigt, in diesem Jahr mindestens 300 kleinere Staatsbetriebe zu privatisieren und fünf große Unternehmen für einen Verkauf vorzubereiten, wodurch bis zu 500 Millionen US-Dollar (12 Mrd. Hrywnja) eingenommen werden könnten. Wie realistisch sind diese Zahlen? Und warum ist die Privatisierung für den wirtschaftlichen Gesamterfolg der Ukraine von entscheidender Bedeutung?

Ziele der Privatisierung

Für einige Politiker und in der öffentlichen Wahrnehmung in der Ukraine scheinen Privatisierungseinnahmen zu den wichtigsten Zielen zu gehören. In der ukrainischen Realität sind sie jedoch weitaus weniger bedeutend.

Der internationalen Erfahrung und früheren Studien des Zentrums für Wirtschaftsstrategie (ZWS) zufolge ist für junge Marktwirtschaften die Überführung von Besitztümern in private Hände aus folgenden Gründen wichtig:

1. Private Eigentümer sind im Allgemeinen *effizienter* als der Staat;
2. Die Privatisierung von staatlichen Unternehmen beseitigt die Notwendigkeit, in ihnen Korruption zu bekämpfen;
3. Der Staat hat gewöhnlich keine Anreize, *privaten Unternehmen Präferenzen zu gewähren*, wenn in der Branche Wettbewerb herrscht;
4. Privatisierung kann zu *neuen Direktinvestitionen* führen, wenn institutionelle Investoren gewonnen werden können.

Diese vier Ziele wurden in der Ukraine nicht erreicht, weil das Land im Verlauf der bisherigen Privatisierungen folgende wichtige Voraussetzungen noch nicht erfüllt hatte:

1. Aktives Engagement ausländischer Investoren;
2. Reduzierung der Informationsasymmetrie durch die Beteiligung internationaler Investitionsberater;
3. Verknüpfung von finanziellen und nichtfinanziellen Anreizen (*Key performance indicators* – KPI; dt.: »zentrale Kennzahlen«) für das Spitzenmanagement von Unternehmen in staatlichem Besitz und dessen Bereitschaft zur Privatisierung;
4. Vorrangige Privatisierung von Unternehmen, die auf wettbewerbsgeprägten Märkten tätig sind;
5. Keine staatlichen Beteiligungen an bereits privatisierten Unternehmen.

Knapp drei Jahrzehnte nach dem Beginn der marktwirtschaftlichen Transformation ist die Ukraine immer noch ein Land mit rund 3.700 Unternehmen in Staatsbesitz.

Im Folgenden werden die bisherigen Privatisierungsphasen in der Ukraine beschrieben.

Die Privatisierungsphasen und deren Ergebnisse

Als postsowjetisches Land hat die Ukraine das Erbe einer Kommandowirtschaft zu schultern. Das hat zu fehlendem privaten Kapital in der ukrainischen Volkswirtschaft geführt. In den frühen 1990er Jahren war das Land nicht bereit, den Sprung in die freie Marktwirtschaft zu unternehmen.

Die Ukraine hatte 1993 mit der Zeichnung von Vorzugsaktien (für die Belegschaft der Unternehmen) begonnen, führte Ende der 1990er Jahre eine Voucher-Privatisierung durch und gelangte schließlich zur Direktprivatisierung an institutionelle Investoren.

1992–1994: Undurchdachter Auftakt ohne ausländische Investoren

Das erste Privatisierungsgesetz der Ukraine wurde im März 1992 verabschiedet. Bis 1994 beruhte die Privatisierung auf dem Mechanismus der Zeichnung von Vorzugsaktien: Theoretisch konnten Mitarbeiter Aktien ihrer Unternehmen zu Vorzugsbedingungen kaufen, in der Praxis sicherte sich jedoch in der Regel die damalige Geschäftsleitung die Aktien.

Ziel der ersten Privatisierungswelle war es, den Unternehmensbesitz 1) wegen eines fehlenden einheimischen Kapitalmarktes *schnell* und 2) mit *gesellschaftlichem Rückhalt* (ohne »den nationalen Reichtum an Ausländer zu verscherbeln«) in private Hände zu überführen.

Die Folge dieser Art der Privatisierung war, dass nur selten strategisch agierende Investoren zu Besitzern hochwertiger Aktiva wurden, während die Anteile der meisten Bürger in Treuhandfonds verblieben. Diese Privatisierung zementierte die Stellung der sogenannten Roten Direktoren, indem politisch gut vernetzte Personen Zugriff auf staatliche Vermögenswerte erhielten. Von den fast 12.000 Unternehmen, die von 1992 bis 1994 privatisiert wurden, sind rund

80 Prozent auf diese Art privatisiert worden, wobei kein Raum für ausländische institutionelle Investoren blieb.

Am Ende dieser Phase war es das Parlament, das den Privatisierungsprozess verlangsamte. Dabei ging es um zweierlei Dinge:

1. Das Parlament verschob den Fokus auf die fiskale Rolle der Privatisierung, weniger auf andere Ziele. Im Widerspruch zu einer klar definierten Bestimmung des Privatisierungsgesetzes verabschiedete die Werchowna Rada das Gesetz über den Staatshaushalt der Ukraine für 1993, dem zufolge 50 Prozent der Privatisierungserlöse in den Haushalt wandern sollten.
2. Das Parlament musste den Listen mit den Privatisierungsobjekten (den sogenannten Privatisierungsprogrammen) jährlich neu zustimmen. Im Juli 1994 erließ die Rada ein achtmonatiges Moratorium über die Erstellung der Liste der Staatsunternehmen, die von der Privatisierung ausgenommen sind. Im März 1995 wurde die Liste schließlich verabschiedet. Sie umfasste 6.102 Unternehmen, darunter viele, die für Investoren attraktiv waren (Werften, Reedereien, Raffinerien, Unternehmen der Treibstoff- und Energiebranche). Viele waren den politischen Interessen der Fachministerien unterworfen.

Die Kombination aus den beiden genannten Umständen führte zum Entstehen der Oligarchie in der Ukraine.

1995–1998: Voucher-Privatisierung durch den Fonds für Staatseigentum

Der Mechanismus der Voucher-Privatisierung geht auf zwei Gesetzesänderungen von 1994 zurück. Zum einen wurde per Präsidialerlass die massenhafte Voucher-Privatisierung (Privatisierungszertifikate) eingeleitet. Dann wurde das (Privatisierungs-)Gesetz dahingehend geändert, dass die politischen Entscheidungsbefugnisse dem Fonds für Staatseigentum übertragen wurden. Von 1995 bis 1998 wurden fast 50.000 Objekte privatisiert, darunter mehr als 11.000 mittlere und große Unternehmen.

Durch das Entstehen eines ukrainischen Finanzsystems und der Einführung einer neuen Landeswährung 1996 begann sich nun der Verkauf von Aktienpaketen zu entwickeln (anstelle der Privatisierungszertifikate). Ein wachsender Anteil der Aktien gelangte jetzt an die Börsen. Die größte Nachfrage bestand nach Unternehmen aus den Bereichen Energie (54 Prozent des gesamten Geldflusses), Maschinenbau, Metallverarbeitung, Chemie, Petrochemie und Nahrungsmittelindustrie.

Allerdings fand bei nur einem Drittel dieser Unternehmen ein tatsächlicher Eigentümerwechsel (Über-

gang von mehr als 70 Prozent des Eigentums in private Hände) statt; bei den übrigen Objekten blieb der Besitz überwiegend in staatlicher Hand.

1998–2017: The good, the bad, and the ugly – selektive Privatisierung durch Vetterwirtschaft

Zu Beginn der 2000er Jahre begann der private Sektor eine bedeutende Rolle in der Wirtschaft zu spielen. 2002 erreichte sein Anteil 57,7 Prozent in der verarbeitenden Industrie und etwas über 50 Prozent in der Textilindustrie, der Nahrungsmittelindustrie und bei der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte.

Meist angetrieben durch Partikularinteressen einiger Weniger, reduzierte das Parlament die Liste der Unternehmen, die nicht privatisiert werden können, beträchtlich. Umfasste sie 1994 noch 6.102 Unternehmen, waren es Anfang 2000 nur noch 1.307.

Seit den 2000er Jahren verstärkte sich die Vetterwirtschaft in der Ukraine. Große Objekte aus den Bereichen fossile Rohstoffe und Energie wanderten in die Hände weniger Auserwählter; das Parlament verabschiedete hierzu spezielle Gesetze. So wurde der Weg, auf dem 10 Unternehmen der staatlichen Aktiengesellschaft *UkrRudProm* verkauft werden sollten, durch ein eigenes Gesetz festgelegt. Dieses sah vor, dass nur Anteilseigner, die mehr als 25 Prozent plus eine Aktie an *UkrRudProm* halten, Anteile der *UkrRudProm*-Unternehmen erwerben konnten.

Auf diesem Wege kauften die größten Oligarchen der Ukraine (Achmetow mit seiner *System Capital Management* – SCM, Nowinskyj mit seiner *Smart-Holding* und Kolomojkyj mit seiner *Privat*-Gruppe) Unternehmen von *UkrRudProm*.

Darüber hinaus begann die Privatisierung allmählich zu einer Quelle von Mitteln zu werden, die eher zur Deckung des Haushaltsdefizits als zur Deckung von Investitionen dienen sollten. Seit 1997 (mit Ausnahme des kurzen Zeitraums von 2006–2007) sah der Staatshaushalt steigende Privatisierungszuflüsse als Einnahmequelle vor.

The good: Der Fall Kryworischstal

Im Oktober 2005 erwarb *Mittal Steel* 93,02 Prozent der Aktien des Metallurgie-Riesen *Kryworischstal* für 24,2 Milliarden Hrywnja (4,79 Mrd. US-Dollar) bei einem Startgebot von 10 Milliarden Hrywnja. Die Auktion wurde live im Fernsehen übertragen. Präsident Juschtschenko und Ministerpräsidentin Tymoschenko waren zugegen, um die transparente Reprivatisierung der Fabrik zu feiern.

Das Unternehmen war ursprünglich im Juni 2004 für 4,26 Milliarden Hrywnja (rund 800 Millionen US-Dollar) an das *Investment and Metallurgical Union Consortium* (IMC) verkauft worden. Die Eigentümer von

IMC waren SCM (Rinat Achmetow) und *Interpipe* (Wiktor Pintschuk).

Präsident Juschtschenko und Premier Tymoschenko, die kurz zuvor im Zuge der Orangen Revolution an die Staatsspitze gekommen waren, drängten ukrainische Gerichte, die Ergebnisse der Auktion zu revidieren. Nach dem Weiterverkauf zahlte der Fonds für Staats-eigentum 4,26 Milliarden Hrywnja an IMC zurück.

Auf diese Weise zog die Ukraine ausländische Direktinvestitionen an und erhöhte den Wettbewerb in der Metallindustrie, die bisher unter den Oligarchen aufgeteilt war.

The bad: Der Fall Ukrtelecom

In den frühen 2000er Jahren, als die rasche Ablösung von Festnetztelefonie zugunsten des Mobilfunks erfolgte, war der staatliche Telefoniese dazu verurteilt, seine Monopolstellung in der Kommunikationsbranche zu verlieren.

Um den Wert des Unternehmens vor der Privatisierung 2010 zu minimieren, wurden diskriminierende Wettbewerbsbedingungen geschaffen. Zu dieser Zeit erlaubten die Privatisierungsgesetze den Verkauf von »strategischen Objekten« nur an Investoren, die bereits Anteile auf einem ähnlichen Markt im In- oder Ausland besaßen und an deren Ausweitung interessiert waren.

Eine weitere diskriminierende Bedingung für in- und ausländische Bieter bestand in der Beschränkung für Unternehmen, die zu 25 Prozent oder mehr in Staatsbesitz waren (über die gesamte Besitzerkette gesehen) – diese wurden ausgeschlossen. Aus diesem Grund wurden einige Unternehmen wie die staatliche Aktiengesellschaft *MTS Ukraine* nicht zugelassen. *Kyivstar* war damals im Besitz der norwegischen staatlichen *Telenor*-Gruppe, die *Deutsche Telekom* gehörte zu 15 Prozent dem deutschen Staat und zu 17 Prozent der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), usw.

Wie zu erwarten war, ging nur ein Angebot ein, und zwar vom bereits im Voraus feststehenden Gewinner *ESULLC*, einer Tochtergesellschaft des österreichischen Unternehmens *EPIC*, die den Zuschlag für 10,6 Mrd. Hrywnja (1,3 Mrd. US-Dollar) erhielt. Seinerzeit wurde angenommen, dass es dem damaligen Präsidenten Janukowytsch oder den wichtigsten Oligarchen nahestand.

2018, sieben Jahre nach der Privatisierung von *Ukrtelecom*, warf ein Prozess in London Licht auf den eigentlichen Käufer. Es scheint der ehemalige Leiter des Sicherheitsdienstes, Walerij Choroschkowskyj, gewesen zu sein, der mit finanzieller Unterstützung durch Dmytro Firtasch vorging. 2013 wechselte die Kontrolle über *Ukrtelecom* zu Rinat Achmetow, der *ESU* für 860 Millionen US-Dollar kaufte.

The Ugly: Der Fall der Odessa Portside Plant (OPP)

Der Verkauf des Stickstoffdüngemittelwerks *Odessa Portside Plant (OPP)* nach dem Euromaidan hätte eine Erfolgsstory für die neue prowestliche Regierung werden können. Die beiden letzten Privatisierungsversuche 2016 waren allerdings erfolglos.

Ursprünglich war niemand bereit, das Startgebot von 521 Millionen US-Dollar zu zahlen, und zwar wegen eines Streits um 250 Millionen US-Dollar Schulden, die *OPP* gegenüber Dmytro Firtaschs *Ostchem* hatte. Später waren potenzielle Investoren nicht einmal an einem Kauf zum reduzierten Preis von 202 Millionen US-Dollar interessiert. Nachdem das Stockholmer Schiedsgericht 2019 die Schulden bestätigte, verschlechterten sich die Aussichten auf einen Verkauf nur noch weiter.

2009, noch bevor die toxischen Schulden bekannt waren, war Ihor Kolomojskyj bereit, 600 Millionen US-Dollar für das Unternehmen zu zahlen. Die Fabrik ist eines von vielen typischen Beispielen dafür, wie der Staat, weil er sich entweder hinter dem strategischen Wert des Objekts versteckt oder einen Preisrückgang befürchtet, so lange eine Privatisierung scheitert, bis das Unternehmen durch verlustreiche Schulden an Wert verliert.

Nun könnte *OPP* allerdings eine Erfolgsgeschichte der Regierung von Präsident Selenskyj werden, allerdings nicht vor Sommer 2020, weil der Privatisierungsprozess etwa ein halbes Jahr in Anspruch nehmen wird.

Große Erwartungen nach dem Euromaidan

Änderungen in der Regierungspolitik

Nach der *Revolution der Würde* 2014 versprach die neue Regierung einen erfolgreichen Privatisierungsprozess für einen beträchtlichen Teil (mehr als 800) der verbliebenen 3.700 Unternehmen in Staatsbesitz.

Im Februar 2016 wurde das »Gesetz zur Verbesserung des Privatisierungsprozesses« unterzeichnet. Es sah die Einführung der Institution eines »Privatisierungsberaters« vor und ermöglichte es der Regierung, die Privatisierung strategisch wichtiger Unternehmen in die Wege zu leiten.

2018 wurde das Gesetz »Über die Privatisierung staatlichen und kommunalen Eigentums« verabschiedet. Es ändere das Verfahren bei der Privatisierung von großen Betrieben. Einer der wichtigsten Punkte besteht in dem Recht, bis zum 1. Januar 2021 alle Privatisierungsabkommen nach britischem Recht abschließen zu können. Es gewährleistet zudem eine größere Transparenz des Privatisierungsverfahrens und schützt die Investitionen besser.

Aufgrund des militärischen Konflikts beschränkt das neue Gesetz in erheblichem Maße die Beteiligung von Bietern aus Russland. Unternehmen mit zehn oder mehr Prozent der Aktien in russischem Besitz werden

nicht zu Auktionen zugelassen. Auch die Teilnahme von Unternehmen, die sich zu 50 Prozent im Besitz von Offshore-Firmen befinden, ist begrenzt.

Das Gesetz formuliert darüber hinaus Kriterien, die festlegen, welche Unternehmen nicht privatisiert werden dürfen (Eigentum staatlicher Behörden und der lokalen Selbstverwaltung, militärische Objekte, Unternehmen der Atom- oder Raumfahrtindustrie, Denkmäler, U-Bahnen und viele andere mehr).

Im Anschluss an diesen Schritt wurde 2019 vom neugewählten Parlament ein weiteres Gesetz verabschiedet, das die alte Liste von Objekten aufhob, die von einer Privatisierung ausgeschlossen sind. Damit begann zugleich die Versteigerung kleinerer Objekte (mit einem Startpreis von weniger als 250 Mio. Hrywnja, ca. 10,6 Mio. US-Dollar) auf der elektronischen Versteigerungsplattform »Prozorro.Sale«.

Wie ProZorro die Reform vorantrieb

Bis Ende 2019 wurden über *Prozorro.Sale* 3.950 kleinere Objekte zur Privatisierung registriert. Allerdings sind bisher weniger als die Hälfte der Auktionen terminiert worden. 1.500 Objekte wurden bereits verauktioniert, die meisten davon erfolgreich beim ersten Versuch.

Falls ein Objekt nicht beim zweiten Versuch verkauft wird, greift die »Holländische Auktion« – eines der wirksamsten Instrumente der Plattform. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal dieser Rückwärtsauktion besteht darin, dass während der Auktion der Preis so lange automatisch reduziert wird, bis einer der Bieter kaufbereit ist und die Auktion per Angebot stoppt. Gibt es mehr als einen Bieter, haben die anderen Interessenten anschließend die Möglichkeit, den Preis zu erhöhen; in dieser Phase verläuft die Auktion wieder nach den üblichen Regeln.

Neues Gesetz plus neue Regierung minus Korruption – warum die Privatisierung dieses Mal ein Erfolg werden könnte

Der ukrainische Ministerpräsident Hontscharuk ist mit 35 Jahren der drittjüngste Regierungschef der Welt, und die regierende Fraktion von *Diener des Volkes* (Durchschnittsalter: 37,6 Jahre) ist die jüngste im ukrainischen Parlament. Deren Mitglieder sind in einer Marktwirtschaft aufgewachsen und haben (allem Anschein nach) kein Interesse an staatlichen Unternehmen – folglich drängen sie auf einen neuen Privatisierungsprozess.

In den letzten vier Monaten des Jahres 2019 legte das Wirtschaftsministerium fünf große Unternehmen fest, die 2020 privatisiert werden sollen, und überführte 530 Objekte in den Fonds für Staatseigentum, der deren Privatisierung vorbereiten soll. Insgesamt beabsichtigt der Staat einem kürzlich von der Rada verabschiedeten

Gesetzesentwurf zufolge nur 219 von 3.663 staatlichen Unternehmen zu behalten. Dazu gehören:

- 9 Unternehmen, bei denen der Staat Hauptaktionär bleiben soll (u. a. *Naftohas* und die Ukrainische Eisenbahn);
- 101 Unternehmen, bei denen der Staat 100-prozentiger Eigentümer bleiben soll (die meisten sind Unternehmen aus dem Verteidigungsbereich sowie natürliche Monopole);
- 109 Kultur- und Sportobjekte.

Die Staatsunternehmen, für die eine Privatisierung ansteht, lassen sich wiederum in folgende Gruppen unterteilen:

Präsidentenbüro. Von den 47 Objekten, die nachgeordneten Stellen des Präsidentenbüros unterstehen, sind fünf bereits für eine Privatisierung in den Fonds für Staatseigentum überführt worden. Neun weitere sollen folgen. Darunter sind eine Spirituosenfabrik und zwei Hotels auf der Kiewer Hauptstraße Chreschtschatyk.

Fonds für Staatseigentum. Einer der ersten Beschlüsse der neuen Leitung bestand darin, die Funktionen des Fonds von reiner Vermögensverwaltung in Richtung effektiver Privatisierung zu verschieben. Im Februar 2020 trat das neue Gesetz über die Verpachtung von staatlichem und kommunalem Eigentum in Kraft, was bedeutet, dass all dieses Eigentum über die Plattform *Prozorro.Sale* verpachtet wird.

Banken in Staatsbesitz. Zwei Banken in staatlichem Besitz (die *Ukrzagbank* und die *PrivatBank*) sollen gemäß einem Strategiepapier der Regierung bis 2020 bzw. 2022 privatisiert werden. Die Regierung beabsichtigt zudem, 45 Prozent der *Oschtschadbank* zu verkaufen. Banken im Staatsbesitz – sowohl für eine Privatisierung bestimmte, wie auch solche, die in staatlichem Besitz verbleiben – haben effektive Führungsstrukturen eingeführt. Die Reform der Unternehmensführung ist ein wichtiger Meilenstein, um staatliche Banken auf eine Privatisierung und auf Kapitalspritzen vorzubereiten.

Ukrspyrnt. Im Juli 2020 wird das Gesetz zur de-Monopolisierung der Spirituosenherstellung in Kraft treten. Dadurch werden private Akteure in der Lage sein, eigene Brennereien zu betreiben; wodurch es keine Notwendigkeit mehr geben wird, sich auf den staatlichen Monopolisten *Ukrspyrnt* zu stützen. Gleichzeitig wird die Privatisierung von 35 der 41 Brennereien von *Ukrspyrnt* vorangetrieben.

Potenzielle Börsengänge. Am 29. Oktober 2019 unterzeichneten die Ukrainische Eisenbahn (*Ukrzaliznyzja*), das Infrastrukturministerium und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) ein Abkommen zur Vorbereitung eines Börsengangs. Das scheint zwar nicht schnell über die Bühne zu gehen (die Vorlaufphase dürfte mindestens drei Jahre dauern), doch könnte schon dieser Prozess die Transparenz des Unternehmens und die

Kosten zukünftiger Anleihen erhöhen. Der Umfang der durch den Börsengang zu erwartenden Investitionen wird auf drei Milliarden US-Dollar geschätzt.

Andrij Kobolew, Vorstandschef des staatlichen ukrainischen Öl- und Gaskonzerns *Naftohas*, gab am 17. Februar auf Facebook bekannt, mit mehreren Investmentbanken und potenziellen Investoren über die Aussichten eines Naftohas-Börsengangs gesprochen zu haben, die darauf angesprochen sehr positiv reagierten. Bereits 2017 verkündete Kobolew, dass ein potenzieller Verkauf von 15 Prozent des Unternehmens dem Konzern etwa 10 Mrd. US-Dollar einbringen würden.

Fazit

Seit der Unabhängigkeit ringt die Ukraine mit der Privatisierung und der Umwandlung in eine effektive Marktwirtschaft. Da der Privatisierungsprozess von Anfang an schlecht durchdacht war, entstand eine Klasse von Oligarchen anstelle von starken lokalen Unternehmern und

ausländischen Investoren. Die Ukraine hat bisher nur einige wenige große Privatisierungserfolge vorzuweisen. Dazu gehören die Privatisierung von *Kryworischstal* im Jahr 2005 und die transparente Privatisierung kleinerer Objekte in den vergangenen Jahren. Die strategische Herangehensweise und die jüngsten Entscheidungen der neuen ukrainischen Regierung versprechen jedoch weitere Erfolgsgeschichten – entweder als umfassende Privatisierung in konkurrenzfähigen Sektoren oder als Börsengang für die Staatsmonopole.

Die Chancen, dass die Ukraine mit der Privatisierung Erfolg haben wird, sind somit größer als je zuvor. Eine erfolgreiche Privatisierung würde leistungsfähigere Eigentümer und ausländische Direktinvestitionen in das Land holen, die Korruption senken und gerechte Wettbewerbsbedingungen wiederherstellen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autoren

Dmytro Yablouovskyy ist stellvertretender Direktor des Zentrums für Wirtschaftsstrategie (Centre for Economic Strategy, CES) in Kiew. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen staatliche Monopole, Wettbewerb und Liberalisierung.

Bohdan Prokhorov ist Ökonom am Zentrum für Wirtschaftsstrategie, wo er zu Public Policy und Wettbewerb forscht.

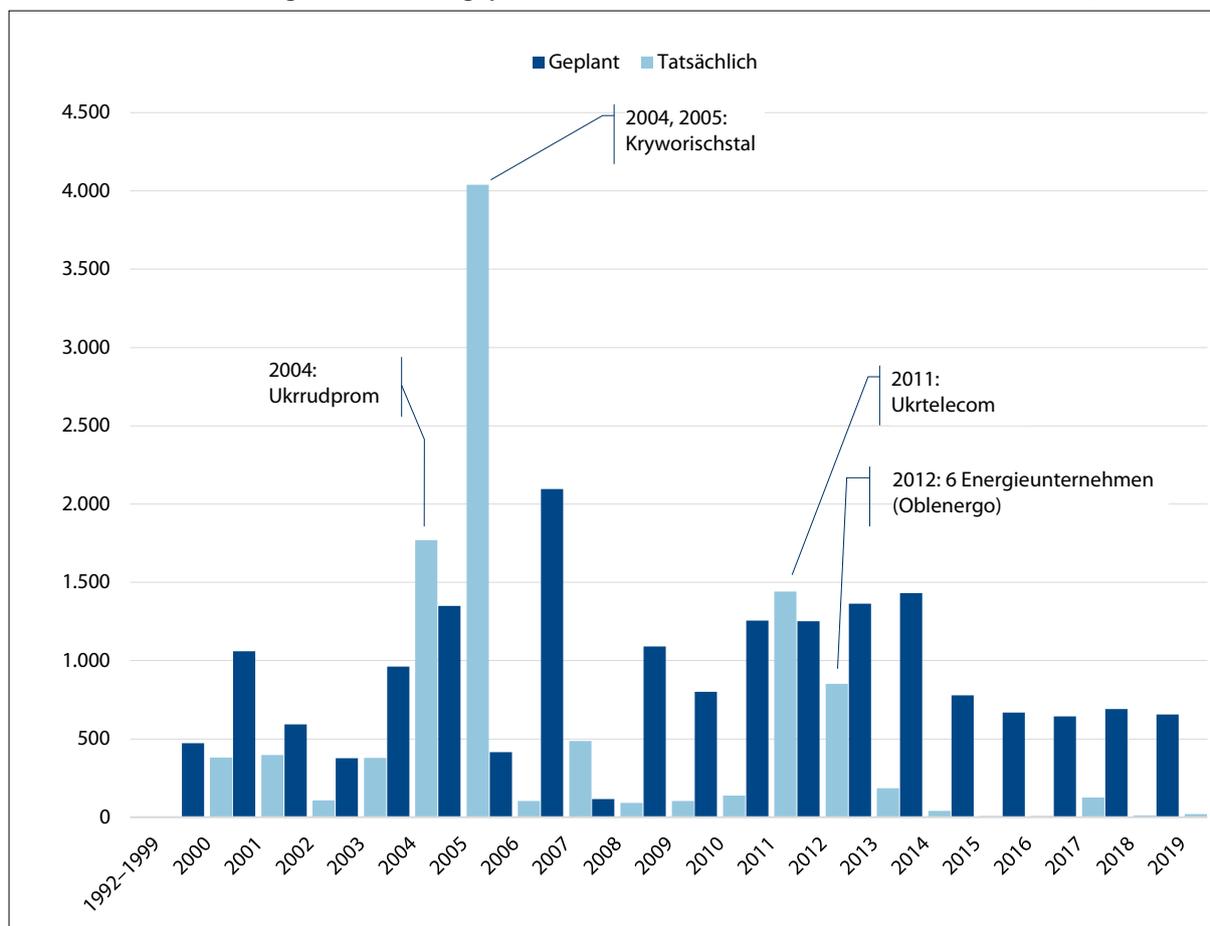
Lesetipps

- Centre for Economic Strategy: “How to overcome corruption at the state-owned enterprises?”, <https://ces.org.ua/en/how-to-overcome-corruption-at-the-state-owned-enterprises/>.
- Centre for Economic Strategy: “How to increase investments in the Ukrainian economy through privatization?”, <https://ces.org.ua/en/how-to-increase-investments-in-the-ukrainian-economy-through-privatization>.
- Strategic Advisory Group for Support of Ukrainian Reforms: “Reforms in Ukraine after Revolution of Dignity”, https://ces.org.ua/wp-content/uploads/2019/07/SAGSUR-book_WEB_ed.pdf.
- Dmytro Yablouovskyy, Bohdan Prokhorov: “Large And Small. The Path Of Privatization From Failure To Transparency.” <https://voxukraine.org/en/large-and-small-the-path-of-privatization-from-failure-to-transparency/>.
- Ukrinform: “Ukraine Approves List of Strategic Enterprises Not Subject to Privatization.”. <https://www.ukrinform.net/rubric-economy/2856430-ukraine-approves-list-of-strategic-enterprises-not-subject-to-privatization.html>.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Einnahmen der Privatisierungsauktionen, 1992–2019

Grafik 1: Privatisierung in der Ukraine: geplante und tatsächliche Einnahmen (1992–2019, Mio. USD)



	1992–1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Geplant	0	473	1.061	593	376	962	1.349	416	2.097	115	1.091	800
Tatsächlich	4	381	397	108	378	1.770	4.039	104	487	91	104	138

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Geplant	1.255	1.251	1.364	1.430	778	669	643	691	656
Tatsächlich	1.441	853	185	39	7	7	127	11	20

Quelle: Fonds für Staatseigentum und Staatliches Budget der Ukraine.

8. – 22. Februar 2020

09.02.2020	Die Generalstaatsanwaltschaft gibt bekannt, die Grundgehälter der Staatsanwälte im Zuge der Reform der Behörde zukünftig von 7.000 Hrywnja auf 29.000 Hrywnja anzuheben. Im Rahmen der Reform mussten in den vergangenen Monaten bereits alle Staatsanwälte eine Überprüfung durchlaufen, wobei von 1.339 Staatsanwälten nur 629 die Überprüfung bestanden und weiterarbeiten dürfen. Durch diese Maßnahmen soll die Korruption in der Generalstaatsanwaltschaft reduziert werden.
11.02.2020	Wolodymyr Selenskyj entlässt den Leiter des Präsidentenbüros, Andrij Bohdan, und ernennt Andrij Jermak zu dessen Nachfolger. In den Tagen zuvor gab es bereits Gerüchte über den bevorstehenden Personalwechsel, da es zwischen Bohdan und Jermak, der Beobachtern zufolge seinen Einfluss auf Selenskyj zuletzt vergrößern konnte, ständige Konflikte gab, wie Selenskyj einräumte. Jermak war maßgeblich für die erfolgreichen Gefangenenaustausche mit Russland verantwortlich.
13.02.2020	Das investigative Nachrichtenmagazin »Schemy« berichtet, dass Präsident Wolodymyr Selenskyj sich während seine Reise in den Oman zu Jahresbeginn mit Nikolaj Patruschew getroffen haben soll, dem ehemaligen Direktor des russischen Geheimdienstes FSB und aktuellem Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation. Darauf deutet hin, so »Schemy«, dass Selenskyj mit demselben Flugzeug zurück nach Kiew geflogen sein soll, das Patruschew für seinen Flug in den Oman benutzte. Der neue Leiter des Präsidentenbüros, Andrij Jermak, widerspricht der Darstellung und droht mit juristischen Konsequenzen, wenn »Schemy« diese nicht zurücknimmt. Auch Kreml-Sprecher Dmitri Peskow streitet das Treffen ab.
14.02.2020	Gesundheitsministerin Sorjana Skalezka gibt bekannt, dass die Ukraine am 20. Februar ukrainische Mitbürger aus der chinesischen Stadt Wuhan evakuieren werde, wo besonders viele Menschen am Coronavirus erkrankt sind. Zurück in der Ukraine sollen die Evakuierten in Quarantäne gebracht werden, so Skalezka. In China sind mehr als 60.000 Menschen am Coronavirus erkrankt und 1.383 Menschen gestorben, ein Großteil in der Stadt Wuhan, wo die Epidemie ausgebrochen ist.
14.02.2020	Im Rahmen der 56. Münchener Sicherheitskonferenz wird ein inoffizieller neuer Friedensplan für die Ostukraine vorgestellt, der in der Ukraine auf große Kritik stößt. Die zwölf Schritte, ausgearbeitet von russischen, ukrainischen und internationalen Experten, werden in einer Reaktion von mehr als 60 ukrainischen Intellektuellen als »skandalös« bezeichnet, da sie eine russische Handschrift tragen, so die Kritiker.
14.02.2020	Am Rande der Münchener Sicherheitskonferenz trifft Präsident Wolodymyr Selenskyj die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Kristalina Georgiewa. Im zweiten Treffen binnen weniger Wochen geht es um neue Hilfskredite für die Ukraine sowie um die Themen Rechtsstaatlichkeit, Justizreformen und Bankenreform.
15.02.2020	Laut Staatlichem Statistikamt der Ukraine stiegen die ukrainischen Warenexporte in die EU 2019 um 3 Prozent auf 20,7 Mrd. US-Dollar, was 41,5 Prozent der ukrainischen Gesamtexporte entspricht.
15.02.2020	Außenminister Wadym Prystajko berichtet, dass die Ukraine aktiv an einem weiteren Gefangenenaustausch mit Russland arbeite und dieser noch vor dem nächsten Normandie-Gipfel stattfinden könnte. Gleichzeitig dämpft Prystajko die Erwartungen an einen baldigen Gipfel. Beim letzten Normandie-Gipfel im Dezember 2019 in Paris wurde ein Treffen im April in Berlin vereinbart, das nun aber weiter nach hinten verschoben werden könnte, so der Minister. Neben dem Gefangenenaustausch stehen die Kommunalwahlen im Oktober 2020 auf der Agenda. Die ukrainische Regierung will in den temporär besetzten Gebieten in den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk Wahlen abhalten, jedoch nur unter bestimmten Bedingungen, die Gegenstand der aktuellen Diskussion sind.
15.02.2020	Im westlichen Asowschen Meer wird ein ukrainisches Fischerboot mit vier ukrainischen Fischern an Bord vom russischen Grenzschutz gestoppt. Die Fischer werden in die Hafenstadt Kertsch gebracht, wo sie für zehn Tage in Gewahrsam genommen werden sollen. Ihnen wird vorgeworfen, sich den russischen Grenzschützern widersetzt zu haben.
17.02.2020	Eine Studie der Beratungsfirma Ernst & Young, die in Zusammenarbeit mit der Nationalbank der Ukraine, dem Ukrainischen Statistikamt sowie dem Wirtschaftsministerium entstanden ist, schätzt, dass 23,8 Prozent des ukrainischen BIP, knapp 850 Mrd. Hrywnja, in der Schattenwirtschaft erwirtschaftet werden. Die ukrainische Regierung plant, den Anteil der Schattenwirtschaft vor allem über den Ausbau des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu senken.
18.02.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin entlässt offiziell seinen Berater für die Ostukraine, Wladislaw Surkow. Der als Hardliner geltende Surkow, der für Moskaus Ukraine-Politik verantwortlich ist, wurde bereits vor wenigen Wochen von seinem Posten als Chefunterhändler des Kremls für den Donbas-Konflikt entbunden. Zu seinem Nachfolger wird Dmitrij Kosak ernannt, der als kompromissbereiter gilt und eine entscheidende Rolle bei den erfolgreichen Gefangenenaustauschen im vergangenen Jahr spielte. Beobachter erhoffen sich durch diesen Personalwechsel neue Impulse für den Frieden im Donbas.

18.02.2020	Nahe der Ortschaft Solote, wo Ende Oktober 2019 im Zuge einer Entflechtung die Truppen beiderseits der Kontaktlinie abgezogen wurden, kommt es zu den heftigsten Gefechten seit Langem. Die OSZE-Sonderbeobachtermission registriert zwischen 05:30 – 11:30 in der Gegend um Solote mehr als 2.300 Schüsse und Explosionen. Laut ukrainischen Angaben setzen die Kämpfer der »Volksrepublik« Luhansk (LNR) dabei auch schwere Waffen und Artillerie mit einem Kaliber von 120 mm ein, die sich laut Minsker Abkommen nicht im Bereich der Kontaktlinie befinden dürfen. Die von Russland unterstützten »Separatisten« sollen versucht haben, über die Kontaktlinie zu gelangen. Auf ukrainischer Seite gibt es einen Toten und vier Verletzte, auf Seiten der »LNR« soll es ukrainischen Angaben nach vier Tote und sechs Verletzte geben. Präsident Selenskyj bezeichnet die Kämpfe als »Provokation« für die Friedensbemühungen.
20.02.2020	Vor einer Quarantänestation der ukrainischen Nationalgarde in der Oblast Poltawa kommt es zu Protesten und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und mehreren Hundert Sicherheitskräften. Es gibt mehrere Verletzte, 24 Personen werden festgenommen. Die Auseinandersetzungen flammen als Reaktion auf die Unterbringung von rund 70, mehrheitlich ukrainischen Staatsbürgern auf, die aus der chinesischen Stadt Wuhan wegen des Coronavirus' ausgeflogen wurden. Als die Evakuierten im Bus in der Quarantänestation ankommen, wo sie zur Sicherheit für zwei Wochen untergebracht werden sollen, wird der Bus mit Steinen beworfen. Am Abend gibt Gesundheitsministerin Sorjana Skalezka bekannt, sich ebenfalls für zwei Wochen in die Quarantäneeinrichtung zu begeben, um zu zeigen, dass die Evakuierten nicht erkrankt seien und die lokale Bevölkerung sich keine Sorgen vor einem Ausbruch des Coronavirus' machen brauche.
20.02.2020	Zwei Wochen nach dem Start des neuen elektronischen Bürgerportals »Dija« (Aktion) wurde die App ca. 1,5 Millionen heruntergeladen, was etwa fünf Prozent der volljährigen Bevölkerung in der Ukraine entspricht. Der Großteil der Nutzer, etwa 80 Prozent, hat sich für digitale Führerscheine und Autozulassungen registriert, berichtet die PrivatBank, über deren Onlinebanking sich die Nutzer autorisieren können.
21.02.2020	Einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Razumkow-Zentrums zufolge ist die Zahl der Ukrainer, die mit der politischen Situation im Land unzufrieden sind, in den vergangenen Wochen deutlich gestiegen: Waren im September 2019 noch 17 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass sich das Land in die falsche Richtung entwickelt, stieg der Wert im Februar 2020 auf 53 Prozent. Auch das Vertrauen in den Präsidenten (von 79 auf 51,5 Prozent) und in die Regierung (von 57 auf 28 Prozent) ist im selben Zeitraum deutlich gesunken.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>